

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages, in durch die Expedition, Neue Graubodenstraße 5/6, durch die Post und durch Exporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich 3/6, pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6892.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile ober deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Breslau, Sonnabend, den 26. Januar 1895.

6. Jahrgang.

## Vereins- und Versammlungsrecht für die Frauen.

Eine Petition deutscher Frauen aller Klassen und aller Parteien betreffs Aenderung der einzelstaatlichen Vereinsgesetze, gerichtet an den deutschen Reichstag, haben die Frauen Caver, Gerhard und v. Gizycki den deutschen Frauen übergeben mit der Bitte, sie zu unterstützen und für die Sammlung weiterer Unterschriften Sorge zu tragen. Die Petition hat folgenden Wortlaut:

„Einem hohen Reichstage unterbreiten die Unterzeichneten nachstehende Petition zur geneigten Berücksichtigung.

Die Vereinsgesetze der meisten deutschen Bundesstaaten enthalten Bestimmungen, welche die Teilnahme der Frauen an politischen Vereinen verbieten und den Besuch von politischen Versammlungen erschweren. Dieser Zustand ist in doppelter Hinsicht ein bedauerlicher, 1. im Interesse der Frauen, 2. im Interesse der Gesamtheit.

Im Interesse der Frauen, insofern er deren geistige Entwicklung im Allgemeinen und besonders in Bezug auf politische Einsicht hemmt, ferner und vor allem aber, indem er den Frauen — da sie von dem activen wie passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind — die letzte Möglichkeit nimmt, in einer auf die Gesetzgebung wirksamen Weise für ihre eigenen Interessen einzutreten. Daß eine solche Vertretung ihrer Sache durch sie selbst aber dringend geboten ist, beweist die bisherige Gesetzgebung, z. B. in Bezug auf die Sittlichkeitsfrage, zur

Im Interesse der Gesamtheit, insofern die Erziehung der Kinder den Frauen in den meisten Fällen obliegt, durch die Zusammenhänglosigkeit des weiblichen Geschlechts mit dem öffentlichen Leben in ihm der sociale Sinn aber naturgemäß verkümmert und der von ihm geübte Einfluß ein entsprechender, von dem Blick auf die Gesamtheit ablenkender ist.

## Die Bekehrung Andree Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Und als sie noch zögerten, fügte er hinzu: „Also vorwärts! Der süße Böbel ist nicht so schlimm, wie er aussieht. Oder habt Ihr etwa Furcht?“

„Furcht? Schäm Dich! Nein, gewiß nicht!“

Wie konnten Alfred und Guntram auch Furcht haben! Sie glaubten den Beweis für ihre Furchtlosigkeit dadurch zu liefern, daß sie ohne Zögern in den Riesweg einbogen.

Der matt erleuchtete Saal war bereits dicht gefüllt. Auf einer roth ausgeschlagenen Straße stand ein Mann mit langem, schwarzem Bart, der mit erhebener Stimme zu der Menge sprach. Aller Blicke hing an seinem Munde, alle lauschten aufmerksam seinen Worten. Niemand hatte den Eintritt der drei Freunde bemerkt, die sich geräuschlos auf den Stufen in der Nähe des Eingangs niederließen.

Ihr erstes Gefühl war das des Staunens: diese begeisterte, lautlose Menge, die jedes Wort begierig in sich aufnahm, fesselte sie, ja, sie imponirte ihnen beinahe. Sie erinnerten sich dunkel der Predigten, die sie früher in dem geheimnißvollen Zwilicht einer großen Rathshalle mit angehört hatten. Aber sie erinnerten sich nicht, jemals dort eine so gespannte Aufmerksamkeit bemerkt zu haben. Stürmische Bravos und lebhaft

Mit Hinweis auf diese beiden Gesichtspunkte bitten wir, ein hoher Reichstag wolle an die verbündeten Regierungen das Ersuchen um eine Gesetzesvorlage richten, durch welche die Beschränkungen des weiblichen Geschlechts in den Vereinsgesetzen der deutschen Bundesstaaten aufgehoben werden.“

Unsere Genossin Zetkin in Stuttgart nimmt und zwar auch im Namen von Genossinnen, welche seit langen Jahren in der socialistischen Bewegung thätig und bekannt sind, entschiedene Stellung zu dieser Petition. Wir geben ihre Ausführungen, die sie der „Leipz. Volksztg.“ macht, in ihrem wesentlichsten Theile und mit dem Bemerkten wieder, daß wir uns denselben nur voll und ganz anschließen können. Genossin Zetkin schreibt:

Die socialdemokratische Frauenbewegung steht der Petition durchaus fern.

Die bürgerliche Frauenbewegung ist ihrem Charakter nach und den Verhältnissen, unter denen sie sich entwickelt, darauf angewiesen, zu petitioniren; sie hat keine bürgerliche Partei, die ihre Interessen vertritt. Anders die proletarische Frauenbewegung. Die proletarische Frauenbewegung ist eben in erster Linie nicht Frauenbewegung, sondern proletarische Bewegung, Klassenbewußte Arbeiterbewegung.

Dem Charakter der socialistischen Arbeiterbewegung widerspricht es aber — dasern nicht besondere zwingende Ausnahme-Verhältnisse vorliegen — den Weg der Petition zu beschreiten. Sie bittet nicht, sie fordert durch ihre Vertreter in den gesetzgebenden Körpern. Am wenigsten aber entspricht es den Gepflogenheiten und Interessen der socialdemokratischen Arbeiterbewegung, daß Angehörige des Proletariats als Gesolgenschaft bürgerlicher Elemente bei Petitionen erscheinen, die aus bürger-

lichen Kreisen stammen und den Charakter bürgerlicher Auffassung tragen. Mit Rücksicht auf die rechtlose Stellung der Frau haben wir in dem vorliegenden Falle keine Ausnahme von unserer allgemeinen grundsätzlichen Stellung zu machen. Am wenigsten gegenwärtig, wo die socialdemokratische Fraction einen Antrag im Reichstag eingebracht hat, der mit einer reichsgesetzlichen Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes gleiches Recht für beide Geschlechter fordert und die Sicherstellung der Coalitionsfreiheit noch obendrein. Als Illustration dafür, wie dringend die fragliche Reform von der Masse der Frauenwelt, den proletarischen Frauen, gefordert wird, brauchen wir die Petition nicht. Seit Jahren liegt eine unzweideutige Demonstration für die Dringlichkeit der Anerkennung des Vereins- und Versammlungsrechtes an das weibliche Geschlecht vor. Und dies in Gestalt des hartnäckigen Kampfes, den die proletarischen Frauen um das Vereins- und Versammlungsrecht mit den Behörden führen. Die Thatsache, daß die proletarischen Frauen, die Aermsten der Armen, die Haus- und Fabrikklavinnen zugleich, dem Vereins- und Versammlungsleben Opfer auf Opfer bringen an Mitteln und Zeit, die oft empfindlichen Strafen noch außerdem tragen, mit bewunderungswürdiger Ausdauer die zerschnitterten Organisationen neugründen, wieder und wieder zu den Versammlungen drängen, diese Thatsache ist der schlagendste Beweis dafür, daß die geforderte Reform einem wichtigen Lebensinteresse der Proletarierinnen entspricht und nicht der Lust an der Vereinsmeierei. Wenn unsere gesetzgebenden Gewalten die Sprache dieser Demonstration

Zwischenrufe, die nach gewissen Sätzen aus der Menge ertönten, bewiesen ihnen außerdem, daß sie sich hier in einem ihnen völlig neuen Kreise von Menschen befanden.

Allmählich erhoben sie sich von ihrem Staunen. Neugierig blickten sie um sich und suchten nach Gegenständen, an denen sie ihren Spott auslassen konnten. Alfred behauptete, daß die Besten aus dem Zoologischen Garten ausgebrochen seien und sich hier in der Versammlung ein Rendez-vous gegeben haben müßten.

Der dort z. B. mit dem zu kurzen Hals und dem geknickten Kopfe sei doch ohne Zweifel ein Büffel. Jener andre, dessen ungeheure Nase alles Uebrige in den Schatten stellt, sei das nicht ein wahrer Wassertrabe? Und so wollten sie noch einen Reiter, dem die Fibern ausgerupft waren, einen Uhu mit feinen runden Glöspaugen erkannt haben, ohne eine reiche Sammlung von Papageien zu rechnen, die durch eine Reihe älterer Frauen mit mißvergünstigen Gesichtern und hakenförmig vorspringenden Unterkiefern vorgestellt wurden.

Mit halblauter Stimme theilte er seine Entdeckungen Guntram mit, der sie sehr geistreich fand und sich verpflichtet fühlte, darüber zu lachen. Schon war zwei- oder dreimal ungeduldig zu ihnen herübergegriffen worden, während Andree zwischen beiden ruhig dasaß und zuhörte.

Der Redner sprach von dem Kampf der Klassen, einen und immer noch einen und so fort! Der Streit ist todt: es lebe der Streit! Das soll unter Kampf-

gevois, Arme und Reiche, magere und fette Leute in zwei unversöhnliche, feindliche Heerlager geschieden seien, und zum Schluß rief er leidenschaftlich erregt:

„Nein, Genossen, kein Bündniß mit jenen, kein Frieden, kein Waffenstillstand in dem großen Kampfe mit denen, die uns bis ans Blut ausbeuten und uns am liebsten verhungern lassen! Zwischen uns und ihnen bilden all' das Geld und Gut, das sie uns gestohlen haben, einen höheren Wall als den, der unsere Stadt umgiebt. Zwischen uns und ihnen hat das Blut, das sie vergossen haben, einen Graben gebildet, der tiefer und breiter ist, als ein Strom...“

„Phrasenheld!“ murmelte Andree zwischen den Zähnen.

Der Redner fuhr fort:

„Krieg, Krieg, beständiger Krieg, das ist's, was noth thut, und deshalb, Bürger, Ehre und Dank denen, die in den Streit eingetreten sind, weil sie ihren Arbeitgebern offen den Krieg erklärt haben. Ich weiß es nicht, ob sie dieses Mal Sieger oder Besiegte sein werden; aber das eine weiß ich, daß sie für uns alle kämpfen, daß sie uns an unsere Pflicht als Kämpfer für die Revolution erinnern, daß sie bei allen denen, die nicht Feiglinge sind, eine heilsame Erregung hervorgerufen werden. Und dann, wenn dieser Streit zu Ende ist, werden wir einen neuen beginnen, und dann noch werden wir einen neuen noch einen und so fort! Der Streit ist todt: es lebe der Streit! Das soll unter Kampf-



nicht verstehen, so werden sie sich durch eine Petition noch weit weniger rühren lassen.

Vielleicht erkennt man der Petition eine Bedeutung insofern zu, daß sie, als von bürgerlichen Kreisen ausgehend, die Verechtigung der Forderung von einer anderen Seite her unterstützt. Aber soll ihr diese Bedeutung innewohnen, so ist es gerade erst recht nötig, daß die proletarischen Elemente sich ihr fernhalten, die bürgerlichen Frauen unter sich lassen. Den Standpunkt des „Nützt es nichts, so schadet es nichts“ können wir aber keineswegs einer Unterstützung der Petition durch proletarische Kreise nicht gelten lassen. Abgesehen von der Forderung selbst steht ihr Inhalt in schroffem Gegensatz zur proletarischen Auffassung. Wir können selbstredend seitens bürgerlicher Frauen nicht verlangen, daß sie ihre Petitionen der socialistischen Auffassung entsprechend begründen; wir dürfen aber auch eine Petition nicht unterstützen, die dieser Auffassung geradezu in's Gesicht schlägt.

In der Petition fehlt, wie es in einem „Anschreiben“ heißt, der „Kürze“ wegen der wichtigste Grund, weshalb die Frauen des Proletariats des Vereins- und Versammlungsrechts bedürfen, der Grund, kraft dessen das Proletariat für diese Forderung kämpfen muß: der Hinweis auf die wirtschaftliche Lage der erwerbsthätigen Frauen. In dem „Anschreiben“ ist allerdings auf diesen Grund hingewiesen, aber dadurch wird die Petition selbst besser, denn das „Anschreiben“ ist zur Aufklärung an die Personen gerichtet, welche die Petition unterstützen bzw. unterstützen sollen. Die proletarischen Kreise bedürfen aber wahrlich der Belehrung nicht, weshalb die Zuerkennung des Vereins- und Versammlungsrechts im Interesse der Proletarierinnen und ihrer Klasse liegt. Das beweist ihr Kampf um dieses Recht. Für die Beweiskraft der Petition kann aber nicht in Betracht kommen, was die Petenten dachten und meinten, sondern was sie klar und klar zu ihrer Begründung sagten. Während so in der Petition der wichtigste Grund zur Unterstützung der erhobenen Forderung fehlt, figurirt in ihr ein solcher, den jede halbwegs klare socialistische Erkenntnis belächelt. Es wird nämlich der „Kürze“ unbedeutend hervorgehoben, daß die Frauen des Vereins- und Versammlungsrechts bedürfen, um mittelst dessen die Gesetzgebung in Bezug auf die „Sittlichkeitsfrage“ beeinflussen zu können. Was bürgerliche Frauen unter dieser Beeinflussung verstehen, ist bekannt, das zeigt u. A. auch eine im Laufe des vorigen Sommers erfolgte Petition an den Kaiser: Lex-Hei zerei, die stöbliche Auffassung, als könne die Prostitution innerhalb der capitalistischen Gesellschaft durch ein Verbot beseitigt, als könne die Sittlichkeit auf hohen obrigkeitlichen Befehl fabricirt werden! Proletarische Kreise haben keine Veranlassung, durch Solidarität mit einer Petition des gekennzeichneten Charakters ihrer socialistischen Erkenntnis ein Armutssignal anzustellen.

Wenn die bürgerlichen Frauen thätig vorübergehend und zu gemeinsamem Zweck ein gemeinsames Vorgehen mit den proletarischen Frauen wollten, so hätten sie zunächst eine Verständigung mit deren Vertretern, nicht überwinden, so lange wir den sozialen Frieden noch nicht erreicht haben.

Kaufmännischer Beifall ertönte, während Andrej sich sagte, Krieg aufs Messer, um Frieden zu haben; ein reiches Mittel dazu! Uebrigens dasselbe Mittel, das auch die Herrscher zu demselben Zwecke anwenden. Es scheint also, daß man oben wie unten dieselbe Logik hat.

„Wie amüßlich Du Dich?“ rief Alfred plötzlich. „Ist das nicht ein „paß zum Todtlichen?“

Ein jenseitiges, von jenseitigen, grauen Haaren umrahmtes Gesicht wandte sich nach dem Störredner um und warf ihm einen eifrigen, verachtungsvollen Blick zu. Alfred, der eben im Begriffe war, zu gähnen, schnitt eine seiner häßlichen Grimassen und bog sich über Andrej's Stuhl hinüber, um Guntram ins Ohr zu flüstern, daß er in seiner Nachbarin mit positiver Sicherheit eine alte Sympie aus dem Zoologischen Garten erkannt habe. Doch trübte er sich so, leicht, indem er sich in die Betrachtung eines reizend geformten, weißen Kadus vor ihm verlor, der der köstlichen Gegenpart zu dem rumpeligen Halse der „Sympie“ bildete. Als Renner schloß er aus dem eng anliegenden, einfachen Kleide auf eine ärztliche Schale, und als er sich weiter vorbeugte, erkannte er auch ein regelmäßig und anständig geformtes Profil, dessen größte Schönheit in dem ungeschicklichen Auge lag.

Unter dessen fuhr der Redner in seinem Vortrage fort. Seine Reden und seine Gesten wurden ruhiger. Er sprach von dem endlichen Siege des Volkes, von

treterinnen zu suchen. In Berlin wohnen die Verfasserinnen der Petition, in Berlin auch giebt es eine Frauen-Agitationscommission, welche Fühlung mit den proletarischen Frauen des ganzen Reichs hat. Wenn man die Unterstützung der proletarischen Frauen wollte, so war es ein Gebot der Klugheit und Höflichkeit, hier anzufragen: 1. Seid Ihr eventuell zu einer Unterstützung der Petition bereit? 2. Welche Fassung muß die Petition haben, damit die proletarischen Frauen sie unterzeichnen können, ohne ihren Standpunkt preiszugeben?

Ein Zusammenwirken zweier verschiedener Richtungen besteht nicht darin, daß die eine Seite sich über eine Action schlüssig macht, dieselbe festsetzt und beginnt und dann der anderen Seite erklärt: „So, das haben wir gethan, das müßt Ihr nun auch mit thun,“ ein solches Zusammenwirken hat vielmehr zur Voraussetzung, daß beide Seiten als gleichberechtigte Machtfactoren sich miteinander über die Bedingungen ihres Zusammenwirkens verständigen. Wie die Dinge liegen, kann die proletarische Bewegung der Petition wohl in den bürgerlichen Kreisen alles Glück wünschen, aber sie selbst muß jede Solidarität mit ihr ablehnen. Ihre Lösung muß heißen: dieser Petition keine proletarische Unterschrift!

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

— Die Einführung eines Volksherees an Stelle des kstipieligen stehenden Heeres ist eine bekannte Forderung der socialdemokratischen Partei und zwar stützt sich diese Forderung mit auf entsprechende Einrichtungen in der freien Schweiz, ohne die dort vorhandenen Mängel zu verkennen. Die „Köln. Zig.“ sucht wieder die angeklagte Unhaltbarkeit dieser Forderung nachzuweisen und war diesmal an der Hand der Ausführungen eines schweizerischen Majors Gertsch, der in einer Broschüre „Disciplin oder Abrufen“ ein sehr scharfes Urtheil über das schweizerische Militärsystem fällt. Die bündner Kölnern, die die Socialdemokratie wieder einmal tödlich getroffen zu haben glaubt durch die Reproduktion einiger Ergühlungen des Herrn Gertsch, scheint mit ihrem Gewährmann recht böse hingerufen zu sein. Die „Leipz. Volkszeitung“ bringt aus Zürich eine sehr bezeichnende Charakterisirung des genannten Herrn, in der es u. A. heißt:

„Herr Gertsch ist Stabsmajor und war bis vor kurzem Commandant des Gottshardbataillons. Von dieser Stellung wurde er entfernt durch die Macht des Volkswillens und der Presse. Herr Gertsch hatte nämlich bei strenger Kälte seine Truppen ohne Mantel im freien Felde bivouaquiren lassen, während er selbst in warmer Substanz sich ein Weine göttlich hat. Soldaten und Offiziere jedoch waren der Meinung, daß diese Anforderung nicht im Interesse des militärischen Dienstes gelegen sei und zogen einfach in ihre Quartiere. Herr Gertsch kam für seine Vertheidigung einige Tage Ar. st. Nun schwär er Raute. Er setzte sich hin und schrieb eine Prosjekre (Freunde behaupten, er hätte sie schon

ber nicht mehr seinen glücklichen Zeit, in der die Gerechtigkeit auf Erden herrschen, der Zeit, in der aller Reich und aller Haß durch den einen, belebenden Hauch der Brüderlichkeit hinweggeweht sein würden.

„Er hat also den Schlüssel zum Paradies wiedergefunden, dieser theure Bruder Rein“, warmer Andrej. Dann erinnerte der Renner die durch das Bild jener strahlenden Zukunft bewegte und tief ergriffene Menge wieder an die Streitenden, die ohne Brot, ohne einen Ueberflumpf, ohne warmendes Feuer darben müßten; er erklärte, daß die Versammlung es sich selbst und der großen Sache schuldig wäre, den Streitenden ihr Einverständnis und ihre Sympathie auszubringen und ihnen durch eine Sammlung, die stattfinden solle, eine Unterstützung zusammen zu lassen.

Nichts als Pfaffen und 25 Francs und 25 Centimes, selbstverständlich auch einige Kröpfe darunter, und das soll ihnen auf die Beine helfen?! Alberts Roffenpfeil!

Es war die quälende Stimme Alfred's, welcher diese Worte, die nur für seine beiden Kameraden bestimmt waren, nicht eben leicht herabschlief. Aber seine Bemerkung war auch von anderen gehört worden. Die „Sympie“ hatte sich entrüstet umgewandt:

„Das ist eine Unverschämtheit“, rief sie, hier die Becht dicker des Volkes in solcher Weise zu beschimpfen!

Alles erhob sich, jeder wollte den Urheber des Scandals sehen. Alfred machte sich in seinem Stuhl so klein wie möglich, leider zu spät! Seine Freundin

vor seiner Helbentha geschrieben) über die Nothwendigkeit einer strengen Disciplin nach preussischem Muster. In der Offiziersgesellschaft Zürichs brachte er diese Broschüre zum Vortrag und erntete bei einigen jungen Offizieren, die wahrscheinlich ihre preussischen Kameraden copieren möchten, einigen Beifall. In dieser Broschüre behauptet Herr Gertsch, daß das Volk dem Heere feindlich gegenüberstehe und daß an diesem Umstande hauptsächlich die Presse die Schuld trage. Die Presse habe kein Recht, sich in militärische Angelegenheiten zu mischen und der Milizsoldat habe unbedingt den Befehlen seiner Vorgesetzten zu gehorchen, wenn diese Befehle ihm auch unvernünftig oder geradezu schädlich erschienen. Herr Gertsch möchte also ungefähr ein preussisches Dienstreglement und eine Knebelung der Presse. Daß das Schweizer Volk und die Schweizer Presse sich aber für beides bedanken, erregt seinen solbatischen Grimm. Was aber findet die „Kölnische Zeitung“ in dem Pamphlet? Einen Beweis für die Unbrauchbarkeit des Volksherees. Und gerade ein Vierteljahr, nachdem durch die Truppenübungen dieses Herbstes dieses Volksherees keine militärische Nichtigkeit bewiesen hat und nachdem sie auch von deutschen Militärs anerkannt worden ist. Generalmajor Kelle, der im Auftrage des preussischen Kriegsministers den Truppenübungen beiwohnte (er ist seitdem gestorben), ist doch für die „Kölnische Zeitung“ eine ebenso gewichtige Persönlichkeit als Stabsmajor Gertsch, der in der gesamten Presse beinahe (der bürgerlich n voran) als preussischer „Säbelracker“ die gebührende Abfertigung findet. Gertsch's Angriffe auf das Volksherees waren desavouirt, ehe sie in die Oeffentlichkeit kamen. Wenn sich aber die „Kölnische Zeitung“ für Gertsch so sehr ins Zeug wirft, so wollen wir ihr sagen (sie scheint die berückichtigte Broschüre nur von Hörensagen zu kennen), daß Gertsch verlangt, im Falle eines Krieges alle Reporter ins Loch zu stecken. Hat die würdige Dame von „heiligen Rollen“ wirklich so große Sehnsucht nach den schweizerischen Gardinen? Gut! die Schweiz ist sofort bereit, ihr den „schneidigen“ Stabsmajor für „eigene Zwecke“ zur Verfügung zu stellen.“

— Der Umsturz in den Kasernen. Wie man der „Frankf. Ztg.“ mittheilt, wurden am 21. Januar im ganzen deutschen Reich in den Kasernen Durchsuchungen nach socialistischen Schriften vorgenommen. In Frankfurt und Badenheim, bei dem 81. Infanterie-Regiment und bei dem 13. Husaren-Regiment, fand die Durchsuchung Mittags 12 Uhr im Beisein der Commandeure und der Adjutanten statt. Die Untersuchung war eine sehr genaue; sie erstreckte sich nicht nur auf den Inhalt der Spinden, aus denen die Kleidungsstücke der Reihe nach herausgeholt und Tasche für Tasche untersucht wurden, selbst die Zeitungspapiere, die als Umschlag für Pakete u. s. w. dienten, wurden gemustert, ob nicht vielleicht etwas Staatsgefährliches in ihnen stände. Solche Visitationen in den Kasernen sind ja nichts Ungewöhnliches, aber diese „Einheitslichkeit“ dürfte wohl noch nicht dazuwesen sein. In Frankfurt soll übrigens nichts „Belastendes“ gefunden worden sein. — Jedemfalls hätte man gar zu gern ein wenig „Material“ zur weiteren Begründung der Umsturzvorlage gehabt, denn damit steht es nach dem bisher Gebotenen doch

wies dies unerbittlich mit der ausgebreiteten dünnen Hand nach ihm. Das Monocle, das der arme Junge ins Auge geklemmt hat'e, war auch nicht gerade das kleinste von seinem Verbrechen.

„Seht doch diesen Laffen mit dem Biered im Auge, und der kommt hierher und macht sich über uns lustig!“

Und ein wahrer Strom von entrüsteten Worten ergoß sich über ihn. Andrej und Guntram suchten zu vermitteln. Ihr Vorgehen erregte die Menge noch mehr.

Jedessen Schwanng der Vorfingende auf der Estrade, wo man die Ursache des Tumulte nicht kannte, verweiffelt die Glocke. Da rief eine Stimme:

„Hier ist ein Bourgeois, der gegen die Unterstützung an die Streitenden protestirt und uns Possenreißer nennt!“

Die ganze Versammlung hatte sich darauf empört erhoben. Einer rief:

„Er soll auf die Tribüne kommen und von dort sagen, was er will.“

Und die Versammlung wiederholte im Chor: „Auf die Tribüne! Auf die Tribüne!“

Der arme Alfred, er hätte einen bejammernswürthen Anblick schon bei dem bloßen Versuch, auf die Tribüne zu steigen, geboten!

(Fortsetzung folgt.)



recht traurig. Wir zweifeln garnicht, daß auch in diesem Falle wieder der Liebe Mühe umsonst war.

Der deutsche Frosigisten-Verband hat beim Reichstage eine umfassende Denkschrift eingereicht, die sich gegen den Antrag des Bundesraths richtet, den Handel mit Drogen und Chemischen Präparaten im Abs. 2 des § 35 der Gewerbe-Ordnung einzufügen und damit den Bestimmungen dieses Paragraphen zu unterwerfen. Die Denkschrift befürwortet dahingegen gesetzliche Vorschriften, welche diesen Handel unter Wahrung der Gewerbefreiheit theils der Anzeigepflicht unterwerfen, theils denselben erst nach erfolgter Nachweise der hierfür nöthigen Fachkenntnisse gestatten und solche Uebertretungen, welche die Gesundheit des Menschen zu gefährden geeignet sind, hart bestrafen. Zu diesem Zwecke schlägt sie eine Reihe von Cessionsvorschriften vor, an welche die Etablierung und der Betrieb einer Drogenhandlung gebunden sein soll. Darüber sollen dann des Näheren Zusatzbestimmungen der §§ 40 und 53 Abs. 2 befinden. Bei der Einführung dieser in der Denkschrift näher erläuterten Vorschriften bittet sodann die Vorstellung, daß der seitens des Verbarbes an den Reichstag schon wiederholt gerichtete Antrag, die Abgabe derjenigen ungeschädlichen Heilmittel, die in der Apotheke ohne jede Beschränkung an und durch Jedermann abgegeben werden dürfen, auch außerhalb der Apotheke zu gestatten, endgültig ganz erledigt und der Beschluß des Reichstages vom 2. April 1893, daß das Privilegium der Apotheke auf den Kleinverkehr mit dem Publikum mit gesundheitsgefährlichen Stoffen und Zubereitungen zu Heilzwecken beschränkt werde, bei der Reichsregierung zur Ausführung in Erinnerung gebracht werde.

Ein fatales Minister-Anhängsel. Der Neuß hängt an den Rockschößen der Regierung, und mag Herr v. Köller sich noch so kräftig schütteln, der Neuß klaut. Wer ist denn der Wackere, mit dem sich die Umsturzcommission beschäftigt hat? Ein buntäugiger Anarchist, eine hervorragende Größe des Londoner Polizeianarchistenclubs Autonomie, ein beholbeter Agent der deutschen Polizei, der, ein vollendeter Schurke, den unglücklichen Neve, einen ehrlichen Fanatiker des Anarchismus, der Polizei in die Hände spielte. Neve sitzt jetzt geisteskrank im Zuchthaus. Der Neuß ist zugleich Tintenkuhl des alten und des neuen Curses gewesen. Er schrieb für Bismarck, und auf dem Riffinger „Guldigungs“-bilde steht er neben Tyras und Herbert Bismarck. Er wurde von Caprivi benützt, er war der Auserwählte, der die Nachricht von dem Radischen-famen-Attentat durch Caprivis Prefbirector, Major Schmezer, im Reichskanzleramt zuerst erhielt und verbreitete. Singer nagelte den frechen Buben, der auf der Journalistentribüne war, im Reichstage fest, und der Spion Neuß wurde trotzdem nicht aus dem Reichstage gewiesen. Bei der Schlüsselsteinlegung war Neuß einer der drei Journalisten, die als Bevorzugte zugelassen wurden. Herr v. Köller hat zugegeben, daß er ihn kennt. In der Commission hat er seine guten Dienste gelobt. Jetzt erklärt er in seiner halbamtlichen „Berliner Correspondenz“:

Als bei den Beratungen in der Commission des Reichstages über die sogenannte Umsturzvorlage der Name Neuß genannt wurde, bemerkte Minister von Köller, daß er den Neuß kenne. Nachdem der Abgeordnete Hebel vierzehn Auslassungen über die frühere Thätigkeit des Neuß angeknüpft und von Diensten gesprochen hatte, welche Neuß dem Minister von Köller geleistet zu haben scheine, erklärte Herr von Köller, daß er den Neuß nur ein- oder zweimal gesehen habe, als Neuß sich bei ihm habe melden lassen; er hege Zweifel, ob er ihn wieder erkennen werde; Dienste irgend welcher Art habe er von Neuß niemals in Anspruch genommen, noch auch solche empfangen; ebensowenig habe er dem Neuß jemals irgend welche Aufträge erteilt.

Den Neuß kennt er, wie ihn die früheren Polizeiminister gekannt und benützt haben. Ob er, der erst so kurze Zeit im Amte ist, ihn schon benützt hat, ist gleichgültig. Wie kommt es aber, daß er solch ein schädliches Subject empfängt? Aber der Neuß ist eine Stütze des Staates, und auch Herr v. Stumm kennt ihn. Hat doch der Neuß Stumm um seinen Schutz gebeten, ein trefflicher Bittsteller! — Da hilft nun kein Schütteln und kein Strauben, der Neuß ist ein untrennbarer Theil unseres geltenden Regierungssystems.

Die große That des Herrn v. Stumm bei der Berathung der Umsturzvorlage erweckt in gegnerischen Kreisen nicht überall sonderliche Begeisterung, wie schon das Auftreten der Herren Stöcker, Wagner u. A. zeigte. Die „Germania“ schreibt:

Die Umsturzrede des Freiherrn v. Stumm — wir meinen die Rede, die Abg. Frhr. v. Stumm im Reichstage angebracht hat, thatsächlich aber gegen die Umsturzvorlage gehalten hat — ist von den Socialdemokraten als ein so außerordentlich wirkungsvolles Material zur Bekämpfung der Umsturzvorlage erachtet worden, daß sie dieselbe in ihrem pennsylvanischen Wortlaute unter den Arbeitern verbreiten wollten. Leider ist das erklärlich,

aber nicht verständlich ist es, wie ein amtliches Kreisblatt, nämlich die „Schwezer Btg.“, die gleichzeitig als amtliches Kreisblatt für den Kreis Schwyz Regierungsbezirk Marienwerder gilt, die Stumm'sche Rede einem Berichte der „Posener Zeitung“ zufolge als Beilage weiteren Kreisen zugänglich zu machen sucht. Wie mag sich der „Vorwärts“ freuen, wenigstens für diesen Kreis Schwyz einer Agitation überhoben zu sein. Es weist doch auf ein sehr geringes Maß politischen Verständnisses hin, wenn man gerade die Rede des Frhrn. v. Stumm für geeignet hält, gegen die Socialdemokratie zu wirken. Die Folgen einer solchen Rede werden im Kreise Schwyz und anderswo bei der nächsten Reichstagswahl ziffermäßig zu Tage treten.

Die Marinepläne scheinen sich in maßgebenden Kreisen immer userloser zu gestalten. Den Mitgliedern der Budgetcommission des Reichstages ist, wie die „Freis. Btg.“ mittheilt, von dem Staatssecretär des Reichs-Marineamts, Hollmann, nachträglich ein gedrucktes Heft mit Erläuterungen zu den geforderten neuen Kreuzerschiffen zugegangen, welchem, ebenfalls gedruckt, 7 Tabellen als Anlagen beigelegt worden sind. Wenn man diese Denkschrift genau prüft, — sagt das freisinnige Blatt — so geht daraus erst recht hervor, daß es sich gegenwärtig um ganz andere Dinge handelt, als um die Ausführung der Pläne in der Denkschrift von 1889/89. Offenbar sind danach erst in der allerneuesten Zeit Pläne entstanden zu einer weiteren Vermehrung der Marine im Interesse des sogenannten politischen Dienstes. Allerdings war in der Denkschrift zu dem Etat von 1888/89 die Forderung von 7 geschützten Kreuzern oder, wie sie damals noch genannt wurden, „Kreuzerkorvetten“ enthalten, und ist von diesen Schiffen bisher erst ein einziges hergestellt worden. Aber die damaligen Kreuzer hatten einen ganz anderen Zweck als die jetzigen Panzerkreuzer und geschützten Kreuzer, die gegenwärtig verlangt werden. Die Kreuzer nach den damaligen Plänen sollten ebenso wie die großen Panzerschiffe in der Nähe der heimischen Küsten bleiben, um beim Ausbruch eines Krieges sogleich für den Kreuzerkrieg verwandt zu werden im Anschluß an die Schlachtflootte, und zwar zum Schutz der eigenen Handelschiffe und zur Verfolgung der Handelschiffe der Gegner, d. h. zur Kaperei. Das Neue an den jetzigen Plänen sei, daß man für den überseeischen Dienst nicht bloß Schiffe haben will für Landungen, für einen repräsentativen und demonstrativen Zweck, sondern darüber hinaus noch zu allerhand kriegerischen Expeditionen in fernem Gewässern, deren Natur und Zweck in keiner Weise klar vorliegt. Aus der Denkschrift des Herrn Hollmann erfährt man auch, daß zu dem diesjährigen Etat die Marineverwaltung auch noch gefordert hatte die Inangriffnahme des Baues von zwei neuen großen Panzerschiffen neben dem bereits im Bau befindlichen großen Panzerschiff. Diese neuen Zwanzigmillionenschiffe sollten gefordert werden unter dem Titel A von Ersatzbauten für den „König Wilhelm“ und „Friedrich den Großen“. Ebenfalls hat die Marineverwaltung noch in diesem Etat fordern wollen erste Raten für 2 Panzerschiffe 4. Klasse, für 1 Stationskreuzer und für 1 Aviso. Daraus kann man abschätzen, was im nächsten Jahre an Forderungen für Schiffsbauten bevorsteht, wenn neben den zweiten Raten der jetzt geforderten ersten Raten für neue Kreuzer noch jene weiteren Forderungen hinzukommen. Nirgends aber ist dem Reichstage die mindeste Aufklärung darüber gegeben worden, wie weit die Marineverwaltung denn überhaupt die Ausdehnung treiben will.

Von der silbernen Hochzeit des Herrn v. Köller erzählt die „Berl. Volksztg.“ folgende interessante Geschichte:

Im September 1894 feierte der jetzige Staatsminister v. Köller bei seinen Schwiegereltern zu Schwyz bei Kamin in Pommern das Fest seiner silbernen Hochzeit. Zu dieser Familienfeier war auch der Oberpräsident von Pommern, Herr von Puttkamer, erschienen. Auf der Reise berührte Herr v. Puttkamer die alte Bischofsstadt Kamin, erschien im Seminar und stattete auch dem ehrwürdigen Dome einen Besuch ab. Der Bürgermeister der Stadt ersuchte den Leiter des Domchors, den Herrn Oberpräsidenten mit einigen Gesängen seines Chores erfreuen zu wollen. Der Archidiaconus und Leiter des Chors ging sehr bereitwillig darauf ein und ließ die Sänger und Sängerinnen recht dringend bitten, zahlreich zu erscheinen. Ein Lehrer, Organisator an der kleinen Marienkirche, wurde vom Chordirigenten persönlich im Hause aufgesucht, und ihm wurde das Versprechen abgenommen, mitzufingern. Die andern Lehrer, die sonst zeitweise mitgeungen hatten, erschienen nicht zum Begrüßungsgefang im Dom. Darüber waren manche Väter der Stadt sehr entrüstet, ja ein Magistratsmitglied konnte nicht umhin, seinem Unwillen noch im Gotteshause in Gegenwart der Sänger und Sängerinnen Luft zu machen. Man hat es dem Herrn Oberpräsidenten auch unterbreitet, daß der Chor sonst stärker besetzt sei, daß aber alle Lehrer bis auf einen nicht erschienen seien.

Rechnere Wochen nach Michaelis 1894 wurde, wie die „Pommerschen Bl.“ berichten, der Kreis Schulinspector und Superintendent der Stadt ersucht, die Lehrer zu verhören und über ihr Verhalten zu berichten. Der Herr Kreis Schulinspector war aber der Meinung, daß das Singen im Domchor nichts mit dem

Amte der Lehrer zu thun habe, und theilte diese seine Ansicht der hohen Behörde mit. Einige Zeit nachher wurde er jedoch durch die königl. Regierung angewiesen, fünf Lehrer der Stadtschule zu Protocoll zu nehmen. Die Herren wurden einzeln vernommen, und es wurden ihnen verschiedene Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Die Fragen hatten ungefähr folgenden Wortlaut:

- 1. Hat der Herr Oberpräsident v. Puttkamer in seinem früheren oder jetzigen Verhalten den Lehrern gegenüber Anlaß gegeben, daß nach innerer Ueberzeugung es ihnen nicht möglich war, bei seiner Anwesenheit in Kamin im Domchor mitzufingern, und haben Sie zu Dritten über Ihre etwaigen Gründe gesprochen?
- 2. Welches sind die Gründe?
- 3. Wollten Sie durch Fernbleiben vom Singen im Domchor eine Demonstration bezwecken?

Da das Singen im Domchor bisher in das freie Belieben der Lehrer gestellt war (sie sangen, wenn es ihnen beliebte, oder unterließen es auch; es war zumeist eine Art Gefälligkeit gegen den Leiter des Chors), so brachten sie in dem Verhör zum Ausdruck, daß sie weder amtlich noch contractlich verpflichtet seien, im Domchor mitzufingern. Einer der Herren konnte ferner darauf hinweisen, daß er bereits vor 2 Jahren dem Leiter des Chors die Mittheilung habe zugehen lassen, daß er nicht weiter im Chor mitfinge und er wünder sich, daß man ihn jetzt noch als Mitglied des Domchors habe namhaft machen können. Er erklärte auch, daß er es sich schon damals zum Princip gemacht habe, des Singens wegen keine Unterrichtsstunde fernerhin zu versäumen, wie es mitunter bei Trauungen vorkame und wie es bei dem Besuche des Herrn Oberpräsidenten im Dom auch hätte eintreten müssen, falls er mitgeungen hätte. Es muß hierbei allerdings erwähnt werden, daß der Leiter des Chors in seiner Eigenschaft als Localschulinspector die Lehrer für das Singen vor dem Herrn Oberpräsidenten vom Unterricht dispensirt hatte.

Es wird wirklich immer lustiger im herrlichen Deutschen Reiche. Wer bei einem Hoch auf eine hohe Person nicht aufsteht, der wird „verknurrt.“ Und wer zu Ehren eines hohen Beamten nicht singen will, dem — nun dem wird höchstwahrscheinlich der Brotkorb höher gehängt. Solche kleine heilsche Flüge vervollständigen eben nur das Bild, das unsere öffentlichen und politischen Verhältnisse seit Langem bieten. Und es wird noch besser kommen!

Durch seine Einfachheit imponierend ist ein von der „Berl. Börsenzeitung“ ausgehender Plan zur Reform des deutschen Parteiwesens. Auf der einen Seite sollen die „Umstürzler“, auf der anderen die „Ordnungsparteien“ stehen. Der Wunsch ist nicht neu. Aber neu die Einfachheit, wie die Ausführung gedacht ist. Die Betrachtungen des Blattes gipfeln in folgendem Sage: „Und kommen wir zur Klärung unserer Parteiverhältnisse, werden endlich auch bei uns die zwecklosen Nüancen verschwinden, werden sich dann zwei Parteien allein gegenüberstehen, so ist die nationalliberale Partei die berufene, um die staatsverhaltenden Elemente um sich zu gruppieren, gegen die Umstürzler, wie gegen die Vorkämpfer für Sonderinteressen aller Art, die mehr Rücksichtslos als staatsverhaltend genannt werden müssen.“ Es brauchen also bloß alle „Ordnungsmänner“ nationalliberal zu werden und „fertig ist die Laube“, wie der Berliner sagt. Den Nationalliberalen scheint nachgerade jede Spur von Selbstkritik und Selbsterkenntniß verloren gegangen zu sein.

Das Duell v. Roke-Schrader in einer Zeit, wo man sich im Anschluß an die „Umsturzvorlage“ über die Stärkung der staatlichen Autorität, also doch auch für Stärkung des Ansehens der Gesetze den Kopf zerbricht, wird selbst in conservativen Kreisen unbehaglich empfunden, wenn natürlich auch nur vereinzelt. So mag der fromme „Reichsbote“ ganz schüchtern zu bemerken:

„Glaubt man, daß der reichliche Standal, der sich an diese Sache sehr zum Schaden des Ansehens weiter Hofreise bereits gehängt hat, sich dadurch vermindern wird? Das fehlte gerade noch! Welch ein Anblick in unserer Zeit, wenn die höchsten Hofbeamten mit einander im Duellkampf liegen! Hoffentlich macht ein Nachwort diesen Dingen ein Ende!“

Italien.

Italienische Parteiblätter berichten: Am 13ten Januar fand in Parma im Locale eines Vereines, der aus begreiflichen Gründen nicht genannt wird, eine Versammlung der einflussreichsten Vertrauensmänner der italienischen Socialdemokratie statt. Der Zweck dieser Besprechung, die einen ganz privaten Charakter trug, war, zu erwägen, in welcher Weise die Partei auf neuer Grundlage zu constituieren sei, welche ihr die regelmäßige Propaganda und die Wiederaufnahme aller Arbeiten erlaubt, die durch die letzte Auflösung unterbrochen wurden. Es waren 59 Vertreter der wichtigsten Centren der Partei anwesend. Mailand war durch zwölf Mitglieder vertreten, außerdem noch folgende Orte: Rom, Neapel, Messina, Florenz, Bologna, Genua, Venedig, Turin, Cremona, Mantua,



Pavia, Ravenna, Pisa, Parma, Sampierdarena, Ferrara, Novigo, Reggio, Brescia, Bergamo, Biella, Ivrea, Modena, Ancona, Forli, Asti, Alba, Lodi. Dieser kleine Congress war gewissermaßen ein Ersatz für jenen von Ancona, der bekanntlich verboten wurde, und wenn man die Verhältnisse, unter denen er zusammen trat, in Berücksichtigung zieht, muß man ihn als sehr gelungen bezeichnen. Die Teilnehmer trafen um 9 Uhr Morgens zusammen und legten die Discussion bis nächsten Tag fort, ohne auch nur das Local zu verlassen. Es handelte sich hauptsächlich um die Nothwendigkeit, die Partei zu reorganisiren, unter Befestigung der Formen, die sie in Gefahr brächte, von dem Auflösungsdecret getroffen zu werden. Einige der Anwesenden wollten die gegenwärtige Form und auch den bisherigen Namen aufrecht erhalten, aber dieser Vorschlag wurde fast einstimmig als aussichtslos abgelehnt. Anstatt dessen wurde eine Tagesordnung angenommen, die die Bildung von socialistischen Wahlvereinen empfiehlt, die Verbände bilden und sich entweder über einen Wahlbezirk oder über eine Provinz erstrecken, eigene Vertreter für die Bezirkscongresse wählen sollen, die jährlich in einer anderen Stadt abgehalten werden. Fast alle Redner constatirten die Nothwendigkeit, die neue Organisation auf eine Grundlage zu stellen, die keinen Zusammenhang mit den Gewerkschaften als solchen haben, sondern auf dem Zusammenhang der einzelnen Parteigenossen beruhen soll. Die Mitgliedschaft der Partei wird von nun an individuell sein und für jeden Genossen wird ein Parteibeitrag von wenigstens 1 Lire 20 Centesimi jährlich festgesetzt. In Bezug auf diesen Punkt war die Discussion ruhig, wurde aber ungewöhnlich lebhaft, als es sich um die Stellung handelte, die die neue Partei gegenüber den Radikalen einnehmen sollte. Die Delegirten von Mailand legten eine Tagesordnung vor, worin sie vorschlugen, daß die socialistische Partei im Wahlkampf die radikale Partei zu unterstützen habe, unter reinlicher Scheidung von derselben; die Unterstützung sei nothwendig, um mit Erfolg die Coalition der Radikalen Gemäßigten und der wüthenden Reaction zu bekämpfen. Dem widersetzte sich lebhaft die Vertreter von Toscana, Cremona und Mantua, und erklärten es als Pflicht der socialistischen Partei, absolut allein den Kampf zu führen. Diese Intrantententhielten mit 89 Stimmen gegen 20, die der Mailänder Resolution zustimmten. Jedoch wurde einstimmig den Mailändern Inbegriff erteilt für die Maßregeln, die sie bereits ergriffen hatten, um die demokratisch-republikanischen Parteien zu unterstützen. Es wurde weiter beschlossen, daß die Socialisten in Zukunft an allen Wahlen für die localen Behörden als selbständige Partei theilzunehmen haben.

**Frankreich.**

— Ueber die gegenwärtige politische Situation, die allerdings sehr unklar erscheint, schreibt man von socialistischer Seite aus Paris:

Das in den letzten Tagen so stürmisch bewegte politische Meer wird sich allmählich glätten, wenn das Cabinet Bourgeois zur Thatsache wird. Das erste und für uns wichtigste, was Herr von Bourgeois, vorausgesetzt, daß ihm die Cabinetbildung, mit der er betraut wurde, gelingt, als Ministerpräsident thun wird, wird die Vorlage einer Amnestie für alle wegen politischer und Strafhandlungen Verurtheilten sein. Ist auch ein solches Verlangen in der gegenwärtigen Legislatur schon mehrmals gestellt, aber regelmäßig von der Kammer zurückgewiesen worden, so wird dies diesmal kaum der Fall sein. Denn wenn die Amnestie bisher immer fiel, so geschah dies, weil sich die Regierung, sowohl die von Perier wie die von Dupuy geleitete, stets dagegen auflehnte und die Majorität der Abgeordneten im Interesse der Ministerstabilität daraus lieber gegen die Amnestie als gegen das Ministerium gestimmt hat. Nur aber das Cabinet selbst den Amnestieantrag stellen wird, hat die Majorität keinen Grund mehr, dagegen zu stimmen. Die Frage ist jetzt nur, ob es Herr Felix Faure, dem neuen Präsidenten der Republik, ernst mit dem Cabinet Bourgeois ist. In diesem Falle wäre es nur um so besser für ihn. Millerand schreibt darüber in der heutigen „Petit Republicain“:

„Denn es, was uns eine nahe Zukunft sagen wird, nicht aus Berechnung geschahen ist, um den getragenen Ansohn wieder zu machen, sondern aus Pflichtgefühl, um die Betrugne seines Amtes correct zu erfüllen, daß Herr Felix Faure Herr von Bourgeois mit der Cabinetbildung betraut hat, dann werden wir nicht die letzten sein, was zu gratuliren, daß der neue Präsident der Republik seine Freude in ihren Erwartungen getränkt hat und deren Gegner in ihren Befürchtungen. Nicht zu unserem Vergnügen, nicht

mutwillig haben wir sechs Monate lang gegen Herrn Casimir Perier den mit seiner Demission endigenden heftigen Feldzug geführt. Die eben erlebten Ereignisse haben die vielfachen Angelegenheiten der Präsidentschaft der Republik, die nur aufhören kann, eine kindische Decoration zu sein, um eine furchtbare Kriegsmaschine zu werden, allen klar vor Augen geführt. Wir verlangen nicht seine Mitwirkung von dem Bewohner des Elysée, wer dies auch immer sei. Aber wir haben das Recht, Neutralität zu verlangen, und wir haben gezeigt, daß wir im Stande sind, sie aufzuzwingen. Wir werden sehr erfreut sein, wenn man uns nicht nöthigt, den Versuch zu erneuern und in einer Campagne gegen das Elysée Zeit und Kräfte zu verschwenden, die viel nützlicher verwendet werden können.“

Man sieht, alles, was Millerand verlangt, ist Neutralität. Das Capitalistenthum will aber mehr, es will, daß der Präsident der Republik ein Werkzeug der Ausbeutermwelt sei. Kommt das Cabinet Bourgeois zu Stande, dann wird man an den capitalistischen Blättern seine Freude haben. Der „Siècle“ giebt uns heute schon einen Vorgeschmack davon — Da erinnert Herr Yves Guyot daran, daß er gegen Brisson gewählt worden, Herr Bourgeois dessen „Unterfütter“ sei und eis Cabinet Bourgeois eine den Socialisten gemachte Concession wäre. Das verspricht recht heiter zu werden.

**Griechenland.**

— Im klassischen Hellaß tracht es bekanntlich sehr. Es kann keine Schulden nicht bezahlen, deren es reichlich 750 Millionen hat und nun ist auch noch der angebliche Retter in der Noth, der wegen seiner finanziellen Geschicklichkeit einmala so hochgeschätzte Trikupis, der in den letzten paar Jahren als Ministerpräsident die Geschicke Griechenlands lenkte, Hüten gegangen und an seine Stelle tritt wieder Herr Deligannis, der vor einigen Jahren seine Entlassung bekam, weil er sparen und vor Allem der kostspieligen Marinepielerei des Königs ein Ende machen wollte. Die Sache wird für den König wie für die Monarchie vielleicht noch recht schlimme Folgen haben — neben den theuren Passionen des Königs sind besonders die großartigen Spitzbübereien gewisser hochgestellter Leute, welche viele Millionen in ihren Taschen verschwinden lassen, Ursache der finanziellen Zerrüttung — ein Panama, wie es verhältnismäßig schlimmer auch Frankreich nicht aufweisen kann. Die Griechen wollen und können nun nicht immerfort neue und höhere Steuern bezahlen und so ist es denn schon zu mancherlei recht schlimmen Erhebungen gekommen und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß König Georgos eines Tages sein Bündel schnürt und ähnliche schöne Dinge mehr sind denn nun auch die unvermeidlichen Begleiterscheinungen der griechischen Corruption. Die Sache wird schließlich einerlei, wer nunmehr berufen ist, das Staatsruder zu führen, damit enden, daß Griechenland unter die Controle seiner ausländischen Gläubiger gestellt wird, ähnlich wie Egypten — um dann selbstverständlich eben so schlimm, wenn nicht schlimmer noch ausgebeutet zu werden, wie bisher.

**Parteiangelegenheiten.**

**Parteiliteratur.** Das zweite Heft der zur Neuenverbindung bestimmten „Partei- und Socialdemokratie“ ist heute erschienen. Dasselbe ist noch zwei Bogen kürzer als das erste und enthält also 144 Seiten Grundsätze. Der Preis ist der gleiche, 15 Pf. pro Exemplar. Wie wir mittheilen, ist die für das erste Heft in Aussicht genommene Auflage bereits völlig vergriffen. So daß ein von Montag den 22. Januar ab wieder Exemplare geliefert werden können.

**Eine Conferenz.** Für den 2. nachmittäglichen Wahlkreis fand am 20. Januar in Stuttgart eine nach dem Bericht des Parteivorstandes für den Kreis, Herr G. G. betrug die Conferenz im vorletzten Jahre 333 St. 53 Pf. Ausgabe 545 St. 57 Pf. Verhandlungen fanden statt im Ganzen 18, 5 auf dem Conze, 5 in der Stadt. Gegenüber dem ersten Heft der „Partei- und Socialdemokratie“ sind die Genossen mit dem Conze, nicht wie bisher, einig sein zu lassen. Die Conferenz wurde eingeleitet durch in dieser Beziehung ertheilte eine eingehende Agitation. Zu Beginn auf die Parteie wurde es bekannt, daß einen weiteren Conferenzbeschluss gemäß die „Partei- und Socialdemokratie“ als Parteiblatt für den heutigen Kreis abgedruckt und die „Partei- und Socialdemokratie“ mit dem 1. Februar eingeleitet wird. Faure wurde beschloßen, ein Agitationscomitee zu wählen, das seinen Sitz in Stuttgart erhalten soll. Zum Schluss wurde noch die Conferenzfrage für den zweiten Wahlkreis angesetzt, da man aber bereits über Angelegenheiten zu einem eingehenden Beschlusse gelangen wurde der Antrag angenommen, eine zweite Conferenz in 14 Tagen nach Stuttgart einzuberufen, die sich mit der Conferenzfrage beschäftigen wird.

**Die Streikströme in Solingen.** Heute durch den Rheinischen Arbeiter-Verein der Rhein- und Ruhr-Bezirkung ging die Bewegung auf Solingen über. Die Solinger Delegirten gaben zunächst und sehr durch

keine Unterschrift ihr Einverständnis mit folgender Erklärung kund:

1. Die „Vergische Arbeiterstimme“ ist das anerkannte Parteiorgan des Kreises Solingen. Die Genossen sind verpflichtet, das Organ zu unterstützen und müssen alle Publikationen in parteipolitischer Beziehung in denselben ersolgen.
2. Jeder der nachbenannten Genossen verpflichtet sich, für Führung der politischen Organisation einzutreten. Nur politisch organisierte Genossen dürfen Vertrauensämter bekleiden.
3. Genosse Schumacher und die übrigen Delegirten erklären, für diese Forderungen in öffentlichen Versammlungen einzutreten.
4. Die „Vergische Arbeiterstimme“ dagegen verpflichtet sich, die von ihr gegen den Reichstags-Abgeordneten Genossen Schumacher erhobenen Anschuldigungen zurückzunehmen, über die Versammlungen u. objectiv Berichte zu bringen, die Gewerkschaftsbewegung im Kreise Solingen nach Kräften zu fördern und gemäß dem Erfurter Programm für unsere Ziele zu wirken.

Göbel. Martin. Schallbruch. Aprath. Neef. Leben. Lohmar. Lange. Franken. Schuhmacher.

(Der Bericht über die übrigen Verhandlungen des Parteitags folgt. Red. d. B.)

**Von der Agitation.** Genosse Deinhardt's Adm referirte über die Unsturzvorlage am 12. Januar in Schwelm, am 13. in Görde, am 16. in Barop, am 19. in Hückarde und am 20. in Brechten. Die Versammlungen waren durchweg stark besucht, es wurden Resolutionen gegen das Knebelgesetz angenommen.

Ueber das gleiche Thema sprach der Reichstags-Abgeordnete H. Schmidt in Limbach bei Chemnitz vor etwa 1000 Personen. In Göppersdorf bei Burgstädt referirte der Redacteur Genosse Diehl. In beiden Versammlungen wurde eine Protestresolution angenommen.

**Arbeiterbewegung.**

**Achtung, Steinarbeiter!** Bei der Firma Schönfeld, Marmorwaaren-Fabrik, Hamburg, Brennerstraße, haben 19 Mann, Hauer und Schleifer, die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt. Wir bitten deshalb, den Zuzug nach dort streng fernzuhalten. Ganz besonders die Genossen in Belgien erlauben wir uns auf obiges aufmerksam zu machen und möchten sie bitten, für Verbreitung dieser Notiz Sorge zu tragen, indem, wie verlautet, aus Belgien Streikbrecher erwartet werden. — Der Centralausschuß der Steinarbeiter Deutschlands.

**Die vorläufige Abrechnung** vom Stettiner Steinlegerverein ergibt, daß im Ganzen 15 135,72 M. vereinnahmt worden sind. Der Verband allein brachte davon 12 163 M. auf. Von den Ausgaben kamen auf Unterstützungen 11 135 M. Miethschuldabigung 1860 M., an Reisegehalt für abreisende Steinleger wurden 812 M., an Zugereiste 109 M. gezahlt. Ferner wurden 163 M. für Nachtcontrolle ausgegeben; 150 M. wurden zu dem Streik nach Königsberg gelandt. Ein geringer Theil wurde für Agitation, Druckfachen, Porto u. dgl. verausgabt. Das Comitee verfügt jetzt noch über einen Bestand von 235 M. Der Kampf ist bekanntlich noch nicht entschieden, der Streik dürfte zum Frühjahr aufs neue beginnen.

**Statistisches.**

**Der Ausbau des Fernsprechnetzes im Reichs-Telegraphenachtele** ist im abgelaufenen Jahre wieder in ausgedehnter Weise fortgeschritten. Es sind 40 neue Fernsprecheinrichtungen und 82 Verbindungsanlagen hergestellt worden. Im deutschen Reich sind überhaupt rund 100,000 Fernsprecheinrichtungen vorhanden. Die Reichshauptstadt mit 22,070 Anschlüssen hat deren ungefähr so viel wie ganz Frankreich. Hamburg zählt 9000, Leipzig 3290, Dresden 3267, Köln 2717, Frankfurt a. M. 2674 und Breslau 2204 Anschlüsse.

**Statistik der Berufs-Genossenschaften.** Zu Ende des Jahres 1893 waren bei der Nahrungsmittel-Industrie-Berufs-Genossenschaft 13,964 Betriebe im deutschen Reich verzeichnet mit 63,681 beschäftigt gewesenen Personen. In Folge der Eröffnung von neuen Schlachthäusern erhielt die Berufs-Genossenschaft einen bedeutenden Zuwachs durch Fleischereibetriebe. Entschädigungen erhielten im Jahre 1893 329 männliche und 25 weibliche erwachsene und 12 jugendliche Arbeiter, insgesamt 366 Personen. Von diesen Unfällen entfielen die meisten auf Fleischereien und Schmalzfabriken, und zwar 195 auf Bäckereien 48, auf Cacao- und Chocoladenfabriken 22 und auf Conservefabriken 21 Unfälle. Die gezahlten Entschädigungen beliefen sich im Betrage von 213,535,96 Mark. Hieron entfielen auf Renten an Verletzte 151,005,78 Mark; Renten an Hinterbliebene Getödteter 17,577,28 Mark; Kur- und Verpflegungskosten 5044,35 M. Bei der Mülerei-Berufs-Genossenschaft waren am Schlusse des Jahres 1893 37,586 Betriebe mit 55,914 verzeichneter Personen eingeschrieben. Zu verzeichnen waren 2674 Unfälle gegen 2413 im Jahre 1892. Im Ganzen wurden 655,017,4 Mark Entschädigungen gezahlt, gegen 561,540,01 im Jahre vorher. Die Verwaltungskosten der Genossenschaft einschließlich der Schiedsgerichtskosten betragen 125,440,31 Mark. Die Zucker-Berufs-Genossenschaft hat, am 31. December 1893 400 Betriebe. Es wurden im Laufe des Jahres 2270 Unfälle angemeldet. Rentenempfänger waren 2740 Personen und zwar 2006 Invaliden, 249 Witwen, 457 Kinder und 25 Ascendenten. Die Entschädigungssumme betrug 248,336,47 Mark. Die Verwaltungskosten-Summe 109,245,34 Mark. Der Gesamtbeitrag der Umlage stellte sich auf 59,159,32 Mark, also etwa 9 1/2 Procent höher als 1892. Die Zahl der in einer Betriebswoche täglich beschäftigt gewesenen Personen war im Durchschnitt 97,550. — In der Steinbruch-Berufs-Genossenschaft waren 15,746 Betriebe mit 117,433 Personen verzeichnet. Für 1175 Personen wurden Unfallentschädigungen ausgezahlt. Die Renten an Verletzte und Hinterbliebene in einer Höhe von 607,749,14 Mark. Die Renten an Hinterbliebene Getödteter beliefen sich auf 159,646,51 Mark. Insgesamt wurden für Unfall-



**Entschädigungen** 1.114.462,21 Mark ausgezahlt. Seit Jahren 1885 und 1886 sind für die Unfall-Entschädigungen bis einschließlich 1893 4.932.100,06 Mk. gezahlt worden. Die Zunahme der Entschädigungsbeträge im Jahre 1894 betrug 27.000 Mk. die einmüßigen Ausgaben für Heilverfahren, Kur- und Verpflegungskosten, Beerdigungskosten etc., ferner mit 85.000 Mk. die fortlaufenden Renten für Invaliden und Verletzte und schließlich mit 38.000 Mk. die Renten für Hinterbliebenen. Die Verwaltungsausgaben des Genossenschaftsvorstandes sind mit 104.347,68 Mk. gebucht, diejenigen der 10 Sectionen mit 168.382,40 Mk., somit betragen die gesammten Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für Unfalluntersuchung und Feststellung der Entschädigungen, für die Uebervachung der Betriebe und für die Schiedsgerichte 272.730,03 Mk. - Bei den Schiedsgerichten waren 1007 Streitigkeiten anhängig; in 151 Fällen wurde die Genossenschaft verurtheilt, in 558 Fällen dagegen die Kläger abgewiesen, oder die Beschwerden zurückgenommen. 93 Klagen wurden außergerichtlich erledigt und 205 auf das Jahr 1894 übernommen. - Die Plebeier-Genossenschaft hatte am Ende des Jahres 1893 12.611 Betriebe mit 266.519 versicherten Personen. Die Gesamtsumme der im Geschäftsjahr gezahlten Entschädigungssummen belief sich auf 597.779,05 Mk. Es gelangten 2863 Unfälle zur Kenntniß der Genossenschaft in 846 Fällen waren Feststellungen der Genossenschaft erforderlich; die Verwaltungskosten der Genossenschaft betragen 174.666,25 Mark, die 14 Sectionen verausgabten 58.229,70 Mk. Der Töpferer-Genossenschaft gehörten im Betriebsjahr 1893 919 Betriebe an, in welcher 61.553 versicherte Personen beschäftigt waren. Unfälle waren 594 zu verzeichnen, davon wurden entschädigungspflichtig 106 Fälle, die Entschädigungsbeträge betragen die Summe von 162.354,43 Mk. Die Verwaltungskosten betragen für die Genossenschaft 20.510,59 Mk. für die Sectionen. Die Schiedsgerichte wurden im Jahre 1893 in 114 Fällen angerufen, in 43 Fällen erkannten sie zu Gunsten der Kläger, in 62 Fällen dagegen auf völlige Abweisung der Kläger. - Im Kataster der Glas-Genossenschaft waren 1893 732 Betriebe verzeichnet mit 64.934 versicherten Arbeitern. Unfälle gab es 125, Entschädigungen wurden 122.186,16 Mk. gezahlt. Verwaltungskosten 48.781,13 Mk.

**Deutscher Reichstag.**

(Original-Bericht der „Volksmacht“.)

22. Sitzung.

Donnerstag, den 24. Januar 1895.

Nachmittags 1 Uhr.

Präsident von Seelow eröffnet die Sitzung. Am Tische des Bundesrathes: Dr. von Bötticher, v. v. Marschall, Graf Polodowski. Die am Dienstag nicht beendete erste Lesung der Novelle zum Zolltarif wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Sibe (Ctr.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich) tritt für die Einführung eines Zolles auf Quebrachholz ein und giebt der Hoffnung Ausdruck, die Regierung würde angesichts eines einmüßigen Votums des Reichstags ihre bisherige ablehnende Haltung aufgeben. Es gelte hier wieder einmal eine Reihe kleiner Betriebe zu erhalten. Viele kleine Lohgerber befinden sich in einer schwierigen Lage, ganz besonders aber die Besitzer der Eichenschälwäldungen, die auch meist dem kleinbäuerlichen Stande angehören.

Abg. Dr. Langenhans (freif. Volksp.) legt auf den Tisch des Hauses eine Reihe von Proben verschiedener Lederarten nieder, die theils mit Eichenlohe, theils mit Quebrachholz gegerbt seien. In dem Hause neulich vorgelegene Proben, hätte allerdings den Anschein erwecken können, daß das mit Quebrachholz gegerbte Leder sehr minderwertig sei. Man dürfe aber nicht allein Sohlenleder in Betracht ziehen. Gerade in Bezug auf feinere Lederarten ließen sich mit Quebrachholz große Erfolge erzielen. Die Proben zeigten dies und der Vorschlag, einen Zoll auf Quebrachholz zu legen, könne ihm so, als wollte man auf eine neue Erfindung gleichsam als Strafe einen neuen Zoll legen. Die Befürworter des Zolles gingen von der falschen Voraussetzung aus, daß das Quebrachholz der Eichenlohe eine erdrückende Concurrenz mache. Den Preisdruck aber führe nicht das eingeführte Quebrachholz, sondern die vom Auslande importirte Eichenlohe herbei. Diese Einfuhr sei aber nötig, da unsere Eichenschälwäldungen den Bedarf bei Weitem nicht decken könnten. Die Besitzer der Eichenschälwäldungen hätten alle Ursache, die Cultur nach dem Muster des Auslandes zu verbessern. Schon in unmittelbarer Nähe der Schälwäldungen im Siegerlande würde heute eine beachtliche Menge von Quebrachholz verwendet. Besonders unempfindlich sei ihm die Besteuerung eines für die deutsche Industrie unentbehrlichen Rohproduktes. Der Verein deutscher Gewerbevereine habe sich ganz entschieden gegen dieselbe ausgesprochen.

Abg. Graf Kanitz (Con.) verweist den Staatssecretar von Marschall, der ihm entgegengehalten, daß Rußland mit seinen Baumwollenzöllen nicht anders als andere Länder behandelt werde, auf die deutschen Handelsverträge. Er hätte Oesterreich gegenüber auch den Standpunkt einnehmen sollten, Deutschland könne seinen Bedarf an Getreide nicht selbst decken, es müßte importiren; wie hoch es den Zoll normire, könne Oesterreich gleichgültig sein, wenn es nur nicht anders als andere Länder behandelt werde. Der russische Handelsvertrag habe für unsere Baumwollindustrie so gut wie gar keinen Nutzen gebracht. Auch die Hoffnungen der Eisenindustrie seien bei Weitem nicht erfüllt worden. Oberhalb der Höhe zwar einen gewissen Absatz nach Rußland gewonnen, aber es sei bereits wieder eine Stagnation eingetreten. Die Eisenindustrie sei daher schon wieder eine sehr gedrückte. Die Hauptursache sei die schlechte Lage des inländischen Marktes. Das anerkannteste selbst die Handelskammern von Hamburg und Lübeck. Der russische Handelsvertrag sei gewiß nicht die einzige Ursache der unglücklichen Conjunction, aber man müsse nach Wegen suchen, um ihr abzuhelfen. Wenn seine Freunde demnach mit entsprechenden Vorschlägen hervorkämen, hoffe er auf die Unterstützung des Hauses.

Abg. Dresler (natl.) hebt die bedeutenden Schädigungen der deutschen Eigenthümlichkeiten und der Verbe-

reien hervor und glaubt, daß ein Ausgleich für dieselben durch einen Zoll auf Quebrachholz geschaffen werden könne. Für manche Lederarten sei das Quebrachholz überhaupt nicht verwendbar, davorhaffes Sohlenleder lasse sich damit überhaupt nicht herstellen. An dem Zolle habe ein besonderes Interesse die Industrie des Siegerer Bezirkes und die um ihn beschäftigte Arbeiterschaft.

Seheimrath Senle befragt gegenüber den Einwänden der Abgg. Blücher und Müller den von der Novelle angeregten Baumwollenzoll. Eine Schädigung der Margarinfabrikation sei davon nicht zu befürchten. Die Beschränkung der freien Holzeinfuhr in den Grenzbezirken sei eine durchaus gerechte, die Sägereien an der Grenze dürften nicht unbillig bevorzugt werden.

Staatssecretar Freih. von Marschall erklärt die Methode der Kritik, die Graf Kanitz an den Handelsverträgen übe, für sehr fragwürdig. Es gebe allerdings Positionen, bei denen die Ausfuhr nach Rußland trotz des Vertrages sehr gering sei. Kenner der Verhältnisse hätten darauf aber auch keine Hoffnungen gesetzt. Bei andern Positionen seien die Erwartungen erfüllt worden, ja übertraffen worden. In Rußland sei es ganz ähnlich, nur daß dort die Hoffnung, daß man den Roggen in Deutschland zu höheren Preisen loschlagen könne, ganz entschieden fehlgeschlagen sei. Graf Kanitz sage, die Lage der Landwirtschaft würde besser sein, wenn wir die Handelsverträge nicht hätten. Er vergißt aber, daß die wirtschaftliche Depression in ganz Europa herrsche. Die Lage der Landwirtschaft würde ohne die Verträge schlechter sein. Er brauche nur auf Frankreich zu verweisen, woher die schwersten Klagen kämen, obwohl dort das entgegengesetzte wirtschaftliche System herrsche.

Abg. Dr. Parry (freif. Vgg.) stellt keine Ursache zu einer Enttäuschung über die Wirkungen der Handelsverträge. Der Hauptwerth derselben liegt eben darin, daß für eine Reihe von Jahren Stabilität geschaffen sei. Außerdem hätten aber die Urtheile der Handelskammern, soweit sie bis jetzt veröffentlicht seien, auch ganz positive Vorteile für einzelne Industriezweige constatirt. Hätten wir die Handelsverträge nicht, so würden auch zweifellos allerlei Wünsche zur Erweiterung der Novelle hier vorgebracht werden. Er hoffe, von dem erhöhten Zoll auf Honig würden die Regierungen in der Commission selbst Abstand nehmen. Das Bestehen nach einer Steuer auf Quebrachholz sei ganz ungerechtfertigt. Man suche eben jeden Fortschritt in der Technik durch Zölle und Steuern unwirksam zu machen. Jeder Fortschritt in der Technik mache sich schließlich im Preise geltend und den Preisdruck suche man durch den Zoll zu verhüten. Die große Masse der Consumenten werde dadurch nur benachtheiligt. Besteuerungen von Verbesserung eines Verfahrens seien culturfeindlich. Redner erklärt sich auch gegen die erhöhte Besteuerung des Baumwollensamen-Oels, da es zur Herstellung des auch für die Armen nothwendigen Speiseöls benutzt werde. Im übrigen erkenne er an, daß die Regierung sich in der Novelle große Beschränkungen gegenüber den an sie gelangten Wünschen auferlegt habe.

Abg. Fusaugel (Ctr.) weist darauf hin, daß seine Partei im bewußten Gegensatz zur Weltanschauung des Vorredners das große Werk der nationalen Wirtschaftspolitik von Anfang an mit Hingebung unterstützt habe. Auch die jetzige Novelle werde sie wohlwollend prüfen, eine bindende Erklärung über Einzelheiten könne er heute nicht abgeben. Klargestellt müsse erst sein, ob nicht berechnete Interessen verletzt würden. Gegen die Beschränkung der freien Holzeinfuhr hätten viele seiner Freunde erhebliche Bedenken. Jedenfalls müsse den bereits bestehenden Sägereien das Privilegium gewahrt werden. Die gegen den Honigzoll vorgebrachten Bedenken theile er nicht, ebenso habe er nichts gegen die Erhöhung des Baumwollensamenölszolls, weil er nicht glaube, daß er die Margarine vertheuern würde. Gegen die Vertheuerung der Margarine sei er aber natürlich. Es sei schon schlimm genug, daß die armen Leute zu diesem Erlösmittel für Naturbutter greifen müßten. Redner erklärte sich schließlich für einen Quebrachzoll im Interesse der kleinen Gerbereibesitzer, die einen Verzweigungskampf führten. Ein Zoll von 10 Mark würde vielleicht zu hoch sein, aber gesehen müsse etwas, um die kleinen Gerbereien vor der Aufschauung durch die Großen zu schützen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) Die Eichenschälwäldungen leiden nicht durch Einfuhr von Eichenlohe, sondern durch die Einfuhr von Quebrachholz. Die von ihm an den russischen Handelsvertrag geknüpften Erwartungen seien voll eingetroffen. Der Rückschlag in der Eisenindustrie sei eine Folge der gerade in dieser Industrie herrschenden starken Uebersproduction.

Abg. Dr. Hamacher (natl.) tritt für den Zoll auf Baumwollensamen ein.

Abg. Wipflerger (Centr.) empfiehlt die Einführung eines Quebrachzolls.

Abg. Müller (Dortmund natl.) weist gegenüber dem Grafen Kanitz auf eine ganze Menge Positionen hin, bei denen der Export nach Rußland in Folge des Handelsvertrages ganz erheblich zugenommen habe, namentlich bei Eisen, Maschinen, Leder, Papier, Anilin, Möbeln, Posamenten, Sammet, Galanteriewaaren.

Abg. Graf Kanitz (deutschconsl.) giebt zu, daß die russische Landwirtschaft mit dem deutsch-russischen Handelsverträge nicht zufrieden sei, dasselbe aber sei bei der österreichischen Landwirtschaft der Fall, der Grund dafür liege in der Meißbegünstigung Antefikas, das hauptsächlich bei uns importire. Die Lage der deutschen Industrie im Allgemeinen sei durch den Handelsvertrag mit Rußland nicht besser geworden.

Abg. Wurm (Socialb.) Dem Abgeordneten Fusaugel erwidere ich: Es ist richtig, was ich in der letzten Sitzung gesagt habe: 64 Betriebe in Holftein, welche mit Quebrachholz arbeiten, bezahlen 3 Millionen Mark Löhne und verarbeiten 30 Millionen Kilogramm Quebrachholz. Herr Fusaugel hat dann gesagt, ich hätte den Eichenschälwäldbesitzern den Vorwurf der Faulheit gemacht. Ich habe wirklich citirt, was in Köln vor wenigen Wochen im Vereine der Lederinteressenten von dem Vorsitzenden gesagt worden ist, als die Meinung eines Oberfürsors, der doch in Bezug auf Eichenschälwäldungen Sachverständiger ist und ich wiederhole, daß da nicht von Faulheit die Rede war, sondern von rückständiger Art der Behandlung. Der Oberfürsor erklärte,

die Eichenschälwäldungen könnten einen höheren Ertrag liefern, die Besitzer seien aber ein zu gemüthliches Leben gewöhnt, sie sollten sich einmal anfragen, zur energischeren Arbeit damit würden sie auch concurrenzfähig bleiben. In einer uns zugegangenen Petition des Vereins deutscher Gerber ist ganz genau geschildert, wie dieses gemüthliche Leben aussieht. In dieser Petition wird mitgetheilt, daß die Eichenschälwäldungsbesitzer verlangen, daß der Gerber die häufig sehr kleinen Partien Rinde auf den Stamm und nicht nach dem Centner in Balken und Bögen käufe, außerdem aber auch die Gewinnung und Verfrachtung der Rinde für eigene Rechnung und Gefahr besorge. Der ausländische Producent übernimmt dagegen den Transport und liefert die Rinde centnerweise richtig sortirt, so daß alle Scheerereien wegfallen. In der Petition wird mit Recht hervorgehoben, daß die Schälwäldbesitzer sich die Schuld selbst anzuschreiben haben, wenn sie dem Käufer in keiner Weise entgegenkommen und nichts thun, um der Concurrenz der ausländischen Rinde zu begegnen. Die Folge davon ist, daß der nach den veralteten Gewohnheiten handelnde inländische Schälwäldbesitzer, weil der Käufer nicht auf höhere Arbeits- und Fuhrlohn zahlen, sondern auch noch das ganze Risiko hinsichtlich der Qualität und Quantität der Rinde tragen muß, einen verhältnißmäßig niedrigeren Preis erhält, als ihm, falls er diese Rinde selbst bearbeitet und verfrachtet, nach Abzug aller Unkosten übrig bleiben würde. Die Herren mögen also lieber diese rückständigen Zustände abschaffen helfen. Die exotischen Extraktivstoffe sind es nicht allein, die eingeführt werden. Die Statistik zeigt, daß im Jahre 1893 eine Einfuhr für 2 Millionen Mark stattfand, daß aber gleichzeitig fremde Sohe und Borke, meistens österreichische, für 9 Millionen Mark eingeführt wurde, also ein Posten, der auch ganz bedeutend ins Gewicht fällt und in Bezug auf den Preis das Vierfache von dem ist, was für Quebrachholz ausgegeben ist. Die Petition weist ferner darauf hin, daß die Schälwäldbesitzer, weil sie auch gleichzeitig einen Nutzen aus dem Holz ziehen wollen, das in den Bergwerken gebraucht wird, die Stämme länger stehen lassen, als für die Rinde dienlich ist, in Folge dessen ein minderwertiges Product liefern. Ich kann nicht annehmen, daß der Verein deutscher Gerber in seiner Eingabe unwahre Thatsachen behauptet wird. Ich kann mich auch auf das Material stützen, das uns von jahreslänglicher Seite von Interessententritten zugeht. Der Verein vertritt doch die Interessenten des ganzen Reichs und nicht die einzelnen Gruppen. Die Eichenschälwäldcultur hat übrigens notorisch an Fläche und Ertrag zugenommen. So schlimm kann also die Concurrenz noch nicht sein. Ich kann deshalb nur dabei bleiben, daß die inländischen Producenten ihre Productionsmethode verbessern, dann werden sie nicht klagen brauchen. Der Zoll auf Baumwollensamen wird die Margarine wesentlich vertheuern. Das Baumwollensamen bildet an und für sich einen stetig wachsenden Bedarfsartikel der ärmeren Bevölkerung und wenn man immer diese Bedarfsartikel der armen Bevölkerung vertheuert, wird dem Volke deutlich und klar, daß gewisse Herren glauben, die Volksmassen sind nur dazu da, damit die Andern sich von ihnen ernähren lassen. Dagegen protestiren wir entschieden und werden gegen alle diese Anträge stimmen. (Bravo bei den Socialdemokraten)

Damit schließt die Discussion.

Die Vorlage wird an eine Commission von

21 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr (Binnen-Schiffahrts- und Fiskal-Gesetz).

Schluß 5 Uhr 30 Min.

**Parlamentarisches.**

**Petitionen an den Reichstag.** Dem Reichstag ist wiederum eine große Anzahl von Petitionen zugegangen und über diese legt das dritte Verzeichnis erschienen. An erster Stelle steht eine von ca. 70 landwirtschaftlichen Vereinen eingesandte Petition um Einberufung einer internationalen Münzconferenz zur Lösung der Silberfrage. Eine Reihe von Petitionen verlangt die communale Besteuerung des Weines, mehrere beziehen sich auf die Margarine-Fabrikation. Eine größere Anzahl von Petitionen wünscht, daß man keine Veränderung an dem Tabakzoll vornehme. Viele Petitionen eruchen um Aufhebung des Zwangszolles. Mehrfach wird gegen die Umsturzvorlage protestirt, wie auch sonst noch sehr viele Petitionen eingegangen sind, die sich auf die verschiedenartigen Gegenstände beziehen und meistens von einzelnen Personen eingereicht worden sind.

**Locales.**

Breslau, den 25. Januar 1895.

**Noch vielerlei Verschlepptes.**

B. G. Wir schilderten in unserem vorigen Artikel unsere Stadtvordnerten in ihrer wunderbaren Eigenschaft als Verschleppungskünstler. Nebenbei wies wir auch darauf hin, daß unsere Stadtväter, wenn sie der Drang der Verhältnisse und der Zeitereignisse dazu treibt, sich zuweilen auch zu etwas Besseren, Allgemeinem, Nützlichem hinreißen lassen.

Aber wir werden gleich sehen, daß sie in keinem dieser Fälle, in denen der Geist der Zeit ihnen ein Zugeständniß abrang, ihrer Gruppeigenschaft als Verschleppungskünstler etwa gar zu sehr zuwider gehandelt hätten.

In eben abgelaufenen Jahre ist aus den Mitteln des Bauökonomierathes Konraden Ergatz auf der Sandjunge an der Universitätsbrücke endlich ein Volkshaus errichtet worden. Dabei hat man es nun zu einem Brausebad gebracht, obgleich die Mittel des Ergatz durch die Kosten, die der Bau des Bades beanspruchte, nicht erschöpft waren und zum mindesten noch ein zweites Volksbrausebad auf das Dringendste



nötig wäre. Ausreichende Gründe, mit der Errichtung eines zweiten Bades zu zögern, sind nicht vorhanden. Die Mittel dazu sind da, aber es muß doch auch hier die Mahnung jenes schönen Viebes zur Geltung kommen, in dem es heißt: „Immer langsam voran, immer langsam voran, daß der österreichische Landsturm nachkommen kann.“

In Bezug auf die Armenfrage soll im vergangenen Jahre, wie unsere bürgerlichen Zeitungen höchst wohlgefällig berichteten, von unseren Stadtparlamentariern manches höchst Erfreuliche geleistet worden sein. Betrachtet man sich die fraglichen Angelegenheiten näher, so bemerkt man, daß es leider auch damit nicht weit her ist.

So sollte z. B. die erweiterte Armenlast zwischen dem Landarmenverbande der Provinz Schlesien und unserer Stadt vertheilt werden. In Wahrheit ist aber heute noch die Frage, wie diese Vertheilung erfolgen soll, vollkommen unerledigt. Es besteht nur, wie zum Ruhm unserer Stadtverordneten in den Zeitungen mitgeteilt wurde, die „beste Aussicht auf eine glückliche Lösung der Frage.“

Eine genau ebenso gute Aussicht auf glückliche Lösung besteht bei der in unserem vorigen Artikel behandelten Marktballenfrage. In Bezug auf diese hat sie aber durchaus nicht die Verschleppung letzterer Angelegenheit bis in die aschgraue Ewigkeit hinein verhindert. Zwar ist zwischen dem Provinzialausschuß und dem Magistrat schon eine vertragmäßige Auseinandersetzung eingeleitet, und unsere Stadtverordneten hatten am 22. November bereits dieser Auseinandersetzung ihre grundsätzliche Zustimmung erteilt, aber bis Anfang März dieses Jahres, wenn der Provinzial-Landtag zusammentritt und seinerseits die Auseinandersetzung gut heißt, können unsere Stadtweilen noch von tausenderlei Verschleppungseinfällen geplagt werden, die die endgültige Erledigung dieser Angelegenheit unmöglich zu machen vermöchten.

Was die städtische Armenpflege selbst anbetrifft, so hat sie im vorigen Jahre einige Verbesserungen erfahren, indem man sie nach dem Muster des sogenannten Oberfelder Systems umgestaltet suchte. Die Vorzüge dieses Systems werden von den Vertretern unseres Bürgerthums außerordentlich gerühmt. In Breslau aber haben sich die Stadtväter auch in dieser Beziehung als Schülhbürger bewährt, indem sie das Oberfelder System beileibe nicht etwa gleich ganz annehmen, sondern vorläufig nur stück- und theilweise einführen zu können erklärten und zwar „örtlicher Schwierigkeiten halber.“

Die Schwierigkeiten bestanden natürlich im Wesentlichen nur in dem Mangel an Verständnis und gutem Willen auf Seiten unserer Stadtverordneten selbst.

Wie langsam es in Breslau vorwärts geht, zeigt sich sogar auf einem Gebiete, auf dem wir jetzt wenigstens in einer Beziehung manchen anderen großen Städten voraus sind, nämlich auf dem unserer Straßenbahnen, bei denen unsere Stadtbehörden, die zusammengesetzt sind aus Männern von hohem communalpolitischen und wirtschaftlichem Einfluß, insbesondere auch als Actionäre, sowohl der Gesellschaft der Pferdebahn und der Elektrischen Straßenbahn, ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Daß nun unsere Pferdebahn-Einrichtungen außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen, und daß sowohl die Linien dieser Bahn wie die der Elektrischen Bahn dringend der Erweiterung und Vermehrung bedürfen, weiß jeder Breslauer. Auch haben die Bewohner der sehr ausgedehnten Stadttheile in der Gegend der Bohrauerstraße, ebenso wie die der Dhlauer Chaussee und nicht minder noch die Bewohner mancher anderen Stadttheile sich darum die größte Mühe gegeben, die Verkehrsmittel der sie zunächst angehenden Straßen durch Neuanlage oder Weiterführung von Straßenbahnlängen zu bereichern; aber überall herrscht dieselbe Dummheit, geredet wird viel mehr als nötig, gethan aber, wo es nur irgend geht, so gut wie nichts.

Zum Schluß seien noch zwei Angelegenheiten, die unsere Stadtverordneten besonders charakterisiren, kurz erwähnt.

Anfangs Mai — in diesem Falle auch so spät als möglich — brachten die Stadtverordneten Heilberg und Genossen ihren glänzenden Antrag auf Verabreichung des Censur für die Stadtverordneten-Wahlen von 900 auf 660 Mark Jahresentlohnungen im Stadtparlament ein.

Natürlich geschah das keineswegs aus Liebe zum armen Volke oder aus dem Bedürfnis heraus, einen Act politischer Geschicklichkeit anzudecken, sondern sehr einfach deswegen, weil man hoffte, daß die Mehrzahl der neugewählten Wähler den Candidaten des Freisinn ihre Stimme geben würde.

Der Antrag fiel glänzend durch und zwar be-

wegen, weil der Stadtverordnete Vellerode die freisinnigen Schlanberger A'ertrumpft hatte, indem er beantragte, den Wahlcensur lieber gleich bis auf die gesetzlich zulässige äußerste Grenze, nämlich auf 420 Mt. Jahresentlohnungen herabzusetzen.

Das fuhr den freisinnigen Herren ganz entsehrlich in die Glieder. Wäre dieser Antrag angenommen worden, hätten zweifellos etliche Socialdemokraten im Breslauer Stadtparlament ihren Einzug gehalten. Deswegen wurde der Antrag Heilberg am 7. Juni 1894 begraben und wenn er wieder aufersteht, wozu wir Socialdemokraten bereits die Veranlassung gegeben haben, wird er im nächsten Jahre unsern Stadtvätern neue Gelegenheiten geben, sich als Verschleppungsvirtuosen zu erweisen.

Am allerglanzvollsten aber haben sich die Herren bewährt durch ihre Thätigkeit in der im Jahre 1892 von unserm Magistrat und unserer Stadtverordneten-Versammlung gemeinsam eingesetzten gemischten Commission zur Betreibung von Verbesserungen der schlesischen Eisenbahnverbindungen.

Die Eisenbahnverbindungen unserer Provinz sind hauptsächlich Dank unsern Edelsten und Besten in der Provinz, wie auch Dank den preussischen Eisenbahnministern und in Uebereinstimmung mit der ganzen abfichtlich und raffiniert stiefmütterlichen Art der innerpolitischen Behandlung, die uns Schlesiern zu Theil wird — so miserabel wie möglich. Dem gegenüber hätten unsere Stadtbehörden die dringendste Veranlassung ihrerseits alles Mögliche zur Verbesserung der Eisenbahnverbindungen in unserer so außerordentlich volkreichen und industriereichen Provinz zu thun.

Sie haben diese Pflicht auch durch die Einsetzung oben erwähnter Commission ausdrücklich anerkannt, aber gethan haben sie — so unglücklich es auch ist — in dieser hochwichtigen und so überaus bringenden Angelegenheit noch rein garnichts. Die Commission hat weder im Jahre 92 noch im Jahre 93, noch endlich auch im Jahre 94 auch nur das mindeste von sich hören lassen.

Sie schläft den Schlaf der Gerechten! O, daß wir diese Schlafmügen endlich einmal so recht unanständig aus ihrem Schlummer erwecken könnten!

[Klage wider die Stadtverordneten-Versammlung.] In der Verwaltungsstreitsache des Tischler und Kassenbeamten Arthur Bergmann wider die Stadtverordneten-Versammlung wegen Nichtannahme in die Gemeinde-Wählerliste, stand gestern am 24. d. M. abermals Termin vor dem Bezirks-Ausschuß hier selbst an. Erschienen war der Kläger selbst unter dem Beistande des bevollmächtigten Redakteurs Schlegel. Für die beklagte Stadtverordneten-Versammlung war der Vorsteher derselben, Geheim-Justizrath Freund erschienen. Der Kläger und sein Vertreter legten ihren Standpunkt nach Einsicht in die eingepforderte Steuerliste pr. 1894/95 nochmals eingehend dar und betonten besonders, daß eine Entscheidung in dieser Sache von prinzipieller Wichtigkeit und weittragender Bedeutung sei, da sich mehrere tausend Einwohner Breslau's in derselben Lage wie der Kläger befinden. Dem Antrage des Klägers entsprechend wurde denn auch die Stadtverordneten-Versammlung verurtheilt, die Eintragung des Klägers in die Gemeindegewählere Liste nachträglich zu bewirken. In dem Urtheilsgründe wird ausdrücklich betont, daß der Kläger innerhalb der gesetzlichen Fristen rechtmäßiger Weise keine Eintragung beantragt hat. Es ist völlig gleichgültig, ob vorher die Berichtigung der Steuerliste erfolgt sei oder nicht, da die Berichtigung der Wählerliste von dem in der Steuerliste angegebenen fiktiven Einkommen nicht abhängig ist. Einzig maßgebend sei die Thatsache, daß der Kläger 900 Mt. Einkommen besitzt und auch veranlagt hat. Der Nachweis hierfür habe er vollständig erbracht, mithin war wie oben zu erkennen.

Hiermit ist der mit Ausdauer geführte Kampf um Erweiterung des Bürgerrechts principiel entschieden. Derzeit folgt nur aber, daß es für unsere weihen Stadtväter endlich an der Zeit ist, einen alten, verachteten Gemeindegewählere anzupacken und für Breslau die fest in der ganzen Monarchie geltende Censurgrenze gemäß § 77 Abs. 1 des neuen Einkommensteuergesetzes zu setzen. Geschickt dies nicht, so wird sich allmählich die gleiche Schicksale wiederholen. Es werden, so lange in jedem Jahr eine Menge Proteste gegen die Rechtlosigkeit der Wählerliste eintreffen, die Stadtverordneten sich in den Ferien eine Sitzung abhalten müssen, bis unsere beschimpfte Stadtverordneten-Versammlung der so berechtigten Forderung für Erweiterung des Bürgerrechts Gehör

schänken wird und die Censurgrenze herabsetzt. Ueber den Verlauf des sehr interessanten Processes werden wir nach Zustellung des Erkenntnisses eingehend berichten.

[Zur Erhebung der Umsatzsteuer.] Der Steuerausschuß hat, der „Bresl. Btg.“ zufolge, in seiner Sitzung am Mittwoch, den 23. d. Mts., unter Ablehnung des Vorschlags der Erhebung einer Umsatzsteuer von 3 Procent von unbebauten Grundstücken beschlossen, den ursprünglichen Umsatzsteuer-Entwurf des Magistrats, der eine Umsatzsteuer von 1/2 Procent von bebauten und unbebauten Grundstücken vorschlägt, der Stadtverordneten-Versammlung zur Annahme zu empfehlen.

[Stadt-Theater.] Heute, Freitag, gelangt die Oper „Herodias“ in der bekannten Besetzung zur Wiederholung. — Morgen, Sonnabend, geht Richard Wagners Oper „Lohengrin“ in Scene. — Als nächste Opernovität geht Anfang der nächsten Woche Delibes „Der König hats gesagt“ in Scene.

[Lobe-Theater.] Sonntag geht zum ersten Male als Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen das Lustspiel „Wie die alten Jungen“ in Scene. — Die Abends stattfindende 16. Aufführung des Schwanke „Zum Wohlthätigen Zweck“ bildet gleichzeitig die letzte Sonntagsaufführung dieses Stückes.

[Thalia-Theater.] Sonntag gelangt das Lustspiel „Wohlthätige Frauen“ von A. Fröling zur Aufführung, in welchem die hervorragendsten Kräfte des Schauspielpersonals des Stadt-Theaters beschäftigt sind. Der Billetverkauf für diese Vorstellung findet morgen, Sonnabend, von 10—3 Uhr bei E. A. Schlesinger, Ring Nr. 10/11, statt.

[Concordia-Theater.] Heute, Freitag, findet eine nochmalige aber letzte Wiederholung des vieractigen Lustspiels „Herr und Frau Doctor“ statt. — Sonnabend fällt die Vorstellung aus. — Sonntag geht die Posse mit Gesang „Der Stabstrompeter“ in Scene. — Das nächste Benefiz, welches für die beliebte Schoubrette Frau Clara Herwig jüngeren Mittwoch stattfindet, bringt die Posse mit Gesang „Der Lanzknecht“.

[Blühlicher Tod.] Am 23. d. Mts., Abends, brach auf dem Pessingplatze eine unbefannte, etwa 50 Jahre alte Frau betäubungslos zusammen und wurde, da ihr Zustand sich nicht bessern wollte, mittels Droschke nach der Klinik auf der Maxstraße geschafft. Beim Eintreffen daselbst war die Frau bereits verstorben.

[Diebstähle und Verhaftungen.] Am 23. d. Mts., Vormittags, entwendete auf der Gölzstraße ein Mann von einem Bierwagen eine Kiste Kanne Lagerbier und verkaufte dieselbe alsbald auf der Carlstraße. Der Dieb wurde am Nachmittage desselben Tages ermittelt und festgenommen. — Ferner wurde eine Kellnerin verhaftet, die aus einer Wohnung am Keizerberg ein Portemonnaie mit 35 Mark gestohlen hatte. — Am 22. d. Mts., Abends, logirte sich in einem Hotel an der Bismarckstraße ein Militär-anwärter ein und versuchte am anderen Morgen ohne Begleitung seiner Bege zu verschwinden, er wurde jedoch erfaßt und in Haft gebracht.

[Polizeiliche Nachrichten.] Verhaftet am 23. d. M. 54 Personen — Abhanden gekommen: ein Sechsmarkstück, ein Portemonnaie mit 120 Mark und ein Portemonnaie enthaltend 15 Mark und eine goldene Damenuhr. — Gefunden: ein silbernes Armband, gez. M. S. 18. Mai 1876, ein Granatkreuz, ein wollenes Tuch und ein Fetztragen.

### Schlesien.

E. Stenzen. Am Sonnabend, den 19. d. M. wurde ein bei der Firma Lorenz beschäftigter Cigarrenarbeiter, der hiesig fleißig und nützlich war, plötzlich erkrankt. Es handelt sich hier allem Anschein nach um eine Maßregelung eines Arbeiters wegen seiner politischen d. h. socialdemokratischen Gesinnung. Die Arbeiterschaft von Stenzen wird diese Unternehmlichkeit zu würdigen wissen.

A. Göritz. Die vom hiesigen Gewerkschafts-Comitee am 23. d. Mts. einberufene Arbeitslosen-Versammlung war von ungefähr 1000 Personen besucht, ein Beweis, in welchem erschreckendem Maße hier die Arbeitslosigkeit herrscht. Genosse Keller referirte in der Versammlung über die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Wirkungen. Er führte den Anwesenden den Entwicklungsgang der heutigen Produktionsweise vor Augen und zeigte ihnen, wie infolge der Maschinen und der sonstigen technischen Hilfsmittel, die in den Dienst der Menschheit gestellt wurden, der Reichthum Einzelner in Ungemeine gesteigert ist, während auf der anderen Seite dieselben großartigen Produktionsmittel Hunderttausende von Arbeitern überflüssig und brotlos machen, dem Elend überliefern. Geschäftsstodungen und Krisen, die durch den Bauzustand unserer heutigen Produktionsweise hervorgerufen werden, sind weiter diejenigen Faktoren, welche die heutige ungeheure Arbeitslosigkeit herbeiführen. Und bis jetzt ist noch nicht abzusehen, wann sich dieser Zustand ändern wird. Im Gegentheil. Täglich erfindet der Menschengeist neue Instrumente, neue Werkzeuge, die eigentlich für die Menschheit zum Segen ausfallen müßten, die aber in der heutigen Gesellschaftsordnung unter der privatcapitalistischen Produktionsweise nur wenigen Reichen zum Vortheile gereichen. Von der großen Masse wird dagegen eine immer größere Anzahl auf das Straßenpflaster geworfen, arbeitslos und consumtionsunfähig. Das Heer der dauernd Arbeitslosen vergrößert sich von Tag zu Tag. Die Einen erstickten in Hunger, indes die große Masse darben muß. So kann es nicht weiter gehen und darum muß ein jeder Arbeiter energisch für Hebung seiner Klassenlage eintreten, sich mit seinen Leidensgenossen zur Erringung einer gesicherten, menschenwürdigen Existenz verbinden. Besseres Besatz folgte den Ausführungen des Referenten. In der Discussion schilderten einzelne Redner Fälle von Noth und Elend, die erschreckend waren. Die Versammlung wählte hierauf eine aus den Rannern Kupke und Epig und dem Arbeiter Lange be-



stehende Commission, die beim Magistrat wegen Inan-

Neustadt O.S. Eine gut besuchte Volksversammlung

Vereine und Versammlungen.

Versammlung von Arbeitslosen.

Am Donnerstag, den 24. Januar, Vormittags 11 Uhr,

Den Arbeitern verarge man es, wenn sie in ihrer ge-

die Leute werden von Jahr zu Jahr schwächer, die

Gerichtliches.

Eine Spieltöcke. Im vergangenen Sommer brachte

ebenso ließ sich der dem Angeklagten Singer zur Last gelegte

Vermischtes.

London, 24. Januar. Bei dem gestern über London

Bei einem Sturm auf dem Michigan-See ist der

Neueste Nachrichten.

— Sevilla, 25. Januar. Ueber die Tabaksteuervorlage

— Budapest, 25. Januar. Die auswärts verbreitete

— Paris, 25. Januar. Nunmehr scheint die Aufgabe

— Athen, 25. Januar. Das Cabinet ist endgültig

Umsturz u. Socialdemokratie. Verhandlungen des deutschen Reichstages

„Glühlichter.“

Th. Winter, 14 Große Grosseengasse 14

Vereins-Kalender. Breslau.

8 Uhr: Kassenabend, Ausgabe des Verbandsorgans

Restaurant Hummerlei 32. Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter

Localverband deutscher Zimmerer. Breslau. Abends von 8-10 Uhr



57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57

# Herrn- und Knaben-Garderobe

in nur reeller Waare, billiger als Ueberall

## Eduard Freund, 57, Reusche-Strasse 57,

Ecke Hinterhäuser.

57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57 57

### Stadt-Theater.

Freitag:  
„Verdacht.“  
Sonnabend:  
„Lehensgrün.“

### Lobe-Theater.

Sonnabend:  
„Zum wohlthätigen Zweck.“  
Sonntag Nachmittag:  
„Die die Alten jungen.“  
Abends:  
„Zum wohlthätigen Zweck.“  
In Vorbereitung:  
„Die wilde Jagd.“

### Victoria-Theater

(Simmener-Garten.)  
Täglich:  
Specialitäten - Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

## Sahnau.

Montag, den 28. Januar,  
Abends 8 Uhr  
im „goldenen Löwen“:  
**Partei-Versammlung.**  
Die Tagesordnung kann erst in  
der Versammlung bekannt gegeben  
werden.  
Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.  
Die Vertrauensperson.

## Sahnau.

Frauen- u. Mädchen-Bildungsverein  
Montag, den 28. Januar,  
Abends 8 Uhr,  
im „goldenen Löwen“  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vorlesung.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

## Neustadt O.S.

Sonnabend, d. 26. d. Mts.,  
Abends 8 Uhr  
findet im Saale des Brauereibesizers  
Herrn Diebitsch ein

## Ball,

verbunden mit humoristischen Vor-  
trägen, Complots u. a. m., mitt.  
Eintree 80 Pfg.

wegen alle Freunde und Gönner  
der sozialdemokratischen Partei einge-  
laden werden.  
Das Festcomité.  
Fr. Berger, Ad. Erschauer, V. Kallisch.

Neu und getragen  
**Aleidungsstücke,**  
speziell Westen und Jacken für's  
Alltäglich empfiehlt  
**Oscar Barneck,** Silber-  
Schmied, Handlung,  
40 Friedrich-Wilhelmstraße 49.

## Kaffee! Kaffee!

Wird frisch gebr., das Pfd. 140 160 Pfg.  
Getriebener Kaffee, das Pfd. 12 Pfg.  
Bester weisser Java, das Pfd. 21 Pfg.  
Bester Schweizer, das Pfd. 55 Pfg.  
Bester Arabica, das Pfd. 15 Pfg.  
Beste Orange-Bitter-Coffee, das Pfd. 20 Pfg.  
Beste Jamaica-Beane, 4 Eier 100 Pfg.  
Beste Bergamotte, das Pfd. 11 Pfg.  
Beste Arabica, 4 Eier 15 Pfg.

**Otto Ogrowsky jr.,**  
45 Große Strassenstr. 45

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Sektion der Schlosser.)

#### General-Versammlung

Sonntag, den 27. ds. Mts., Vormittag 11 Uhr, im Lokal „3 Tauben“  
Reumarkt 8, Edlich's Brauerei.  
Tagesordnung: 1. Kasienbericht. 2. Neuwahl der Ortsbeamten.  
3. Verschiedenes. 3175

Die Ortsverwaltung.

3474

Einladung zur

#### öffentlichen Versammlung

der Töpfer und Berufsgegnossen Breslau's  
Sonntag, den 27. Januar, Nachm. 4 Uhr in Edlich's Brauerei, Reumarkt 8.  
Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Vertrauensmannes. 2. Bericht-  
erstattung von der Berliner Konferenz. 3. Berichterstattung  
des Bibliothekars. 4. Gewerkschaftliches.

Zahlreicher Besuch wird gewünscht.

Entrée frei.

Der Einberufer.

### Männer-Gesang-Verein

## „Diana“.

Sonnabend, den 26. Januar 1895 im  
Etablissement „Deutscher Kronprinz“,  
Kurzgasse 50/52:

### Großer maskirter u. unmaskirter

## Ball

u. M.: Einzug des Königs Cambrinus mit Gefolge.

Anfang 8 Uhr.

Einde 3 Uhr.

Entrée Herr incl. Dame 75 Pfg. Herr 60 Pfg. Dame 30 Pfg.

## Georg Dienstfertig

### Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft

Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in  
Kleiderstoffen, Leinen, Cattune, Büchen, Julettis,  
Herren- und Damen-Wäsche

fertige Confection

zu äußerst billigen oder fremd feinen Preisen.  
Größte Auswahl in Arbeiter-Hosen, Hemden und -Plausen.  
Jeder Käufer erhält eine Gratis-Zugabe.

### Geschäfts-Übernahme.

Einem geborenen Publikum der Mittel- u. Oberstadt zur Nachricht, daß ich  
die Restauration von Herrn Galle, Adersbühnenstr. 4 übernommen  
habe und hier um geeigneten Zuspruch. Es wird mein Bestreben sein, meine  
wenigen Gäste nach jeder Richtung hin zufrieden zu stellen. Achtungsvoll  
W. Heuzel, Adersbühnenstr. 4

### Herrn- u. Knaben-Garderobe aller Art

mit selbstgeher-  
ten Control-Mark.  
Gewisse daß der Käufer  
nur recht geübten Hand  
und der Arbeiter einen  
unvergleichlichen Lohn er-  
hält.  
Besser und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei

## V. Liepelt,

Confectionshaus „Solidarität“,  
Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,  
Ecke Neue Welt-Gasse.

Bestellungen nach Maß werden in kurzer Zeit gut und feiner ausgeführt.  
Einer der Vorzüge ist es, nicht bei fremden Gelehrten zu be-  
stimmten und gegengängig Solidaris zu üben. Arbeiter, Gesellen,  
es gilt für uns das vornehmste oder Spätere die Doppel-  
bestellung zu belohnen!  
Die Central-Commission der deutschen Schneider u. Schneiderinnen.  
Ein Berlin.

### Fabrik von Arbeiterlachen

Spezialität: Arbeitshosen.

## E. Liedecke, Stadgasse Nr. 30.

En gros. 2476

En détail.

## Cigarren-Fabrik E. Kirschner

BRESLAU, Friedrich-Wilhelm-Strasse 11.

### Die Vorkosthandlung

von **Karl Anders,** Müllermeister,

Rawitsch, Berlinerstrasse,

empfiehlt zu billigen Preisen bestes Weizenmehl 0.0. und alle anderen  
Mehlarten: sämmtliches Gebräute, Semmel, Butter, Eier, Käse,  
echte Kern-Seife, sowie sämmtlichen Artikel zu Wäsche.

## Rawitsch.

3473



### Damen-Gamaschen,

fest und wasserdicht

4,50 Mt.,

Damen-Gamaschen,

Doppelfohle mit Kappe

5,50 Mt.,

Damen-Filzstiefeln

zum Schnüren und

mit Gummizug,

2johlig 6,50 Mt.



### Herren-Gamaschen

mit Doppelfohle 7 Mt.

Herren-Gamaschen

auf Rand,

leicht und

haltbar

7,50 Mt.

Herren-Gamaschen, elegant mit Besatz,  
Knöpfen 8,00 Mt.

Inte Outmacher-Filzstiefeln für Herren,  
Damen u. Kinder. Knopfstiefeln, Schnür-  
und Schaststiefeln, in Tuch, Filz und  
Leder für Kinder in jedem Alter, in  
großer Auswahl.

Gummistiefeln für Herren 4,50 Mt.,  
Gummistiefeln für Damen 2,50 Mt.,  
Gummistiefeln für Kinder in bester  
Qualität 2,00 Mt.

**Ludwig Herz,**  
Breslau, Pflückerplatz 4,  
(neben der Rohren-Apotheke).

## !! Cigarren !!

vorzüglich und billig empfiehlt

## Oskar Betz

2. Adalbertstraße 2. 3102

Neu! Für nur Mt. 6. - (Fabrik-  
preiswerende eine brillante,  
extra solid gebaute Concert-  
Zug-Harmonika mit 10  
Tönen, 2 Registerzügen, 2 Doppel-  
Söhnen, vollständig u. Nickelbeschlag  
und Zuhalter, F. Ausarbeitung, parte,  
breite, ungetrocknete, saftige Ton-  
zungen, hölzerne, volle, doppelhörige  
Orgelmund, groß und weit auszie-  
baren dreifachen Doppelbaug, jede Taste  
mit Stahlhaken versehen, wo-  
durch Beschädigungen unmöglich. Wirk-  
lich groß, auf bestem Material ge-  
bautes Grand-Instrument (feine  
Bogenarbeit - Export- oder Parfittwaare).  
Jeder Käufer erhält auch eine neue  
unverwundliche Schale zum Selbstlernen  
anhand, wonach gleich die schönsten  
Töne, Läng, Klänge, Chorale u.  
gespielt werden können. Umtausch  
gegen Garantierte wird beige-  
legt.

**O. C. F. Mether,**  
Kunst-Instrumente u. Musik- u. Fabrik-  
in Hannover B. Sommerstr. 5.  
NB. Allen werthen Bestellern gebe  
ich ein kleines Musikinstrument  
gratis, nur damit sie sich von der  
Güte und Preiswürdigkeit meiner  
Instrumente überzeugen sollen. D. L.

### Cigarren u. Cigaretten

sowie sämmtliche

## Schreibmaterialien

empfiehlt

3173

## E. Simon,

Friedrich-Wilhelmstr. 49

### Musik-Instrumente.

u. alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-  
mente, Spielböden zum Drehen u. selbst-  
spielend, Musik-Automaten fertigt

R. Cohn, Kupferstraße 17.

## Farin

bester, Pfd. 20-22 Pfg.  
Kaffee, Carlsbader Mischung, unüber-  
troffen, von großartigem Geschmack,  
Pfd. 1,60 Mt. 3434

andere Sorten, von 1,20-1,80 Mt.  
Feinstes Backobst, Pfd. 20 Pfg.

Groß. neue türk. Pflaumen, Pfd. 20 Pfg.

Bohnen u. Erbsen, gut Koch., Pfd. 10 Pfg.

Erbsen, geschält, und Hirse, Pfd. 12 Pfg.

Graupen, per Pfd. von 10 Pfg. an.

Wiener Grieß, Pfd. 14 Pfg.

Pa. weicher Pflaumenmus, Pfd. 18 Pfg.

Lafinmargarine, feinste, Pfd. 70 Pfg.

Speisefett, Pfd. 58 Pfg.

### Eingelegte Schnittbohnen, und

getrocknete Gemüse billig.

Matthiasstr. 99,  
E. Adamy, Salzstraße 1.

## Der Wahre Jacob

Nr. 222,

Wochens. social. Wochens.  
Preis 10 Pfennig.

Zu beziehen durch alle Colporteurs

## F. Weich,

Friedrich-Wilhelmstr. 5.  
Beste Bezugsquelle

für

## Herren- u. Knaben- Garderobe.

Große Auswahl, spottbillige Preise.  
**F. Weich,**  
Friedrich-Wilhelmstr. 5.  
Anfertigung u. Maßf. u. billig.